

Einzelpreis 70 Heller.

Redaktion und Verwaltung:
aušičovo nám. 32.

Telephone:
Tagesredaktion: 6795.
Nachredaktion: 6797.

Postfachamt: 57544.

Inserate werden laut Tarif
billigst berechnet. Bei öfteren
Einsparungen Preisnachlaß.

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:

monatlich Kř 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährig 98.—
ganzjährig 192.—

Rückstellung von Manu-
skripten erfolgt nur bei Ein-
sendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme
des Montag täglich früh.

4. Jahrgang.

Samstag, 19. Jänner 1924.

Nr. 17.

Gott Nimm, Kabale und Spiritus.

Die Wesen des Schmutzes, den die Korruptionsaffäre des Senatspräsidenten Prasek viele Wochen hindurch aufwühlte, haben sich über Nacht gelöst. Mit einem Schlag ist es im ganzen Blätterwald der tschechischen Koalitionsparteien mäusestill geworden. Man wird an das beliebte tschechische Sprichwort erinnert: „Jako dých je nehumelilo!“ — „Als ob es nie geknecht hätte!“ Zuerst hieß es, der Fünferausschuß der Koalition werde sich mit dem wegen des Spiritusstandes unter den tschechischen Regierungsparteien ausgebrochenen Streit beschäftigen und da konnte man schon ahnen, was das zu bedeuten habe. Die Halgerei war so arg geworden, daß die Beamten um den Bestand der allnationalen Koalition fürchten mußten. Auch brachte jeder Tag aus dem reichen Wissen, das eine dieser Parteien von der anderen hat, neue Enthüllungen, so daß es schon bis zum Himmel stank. Wäre es noch eine Weile so fortgegangen, so wäre noch manchen die Loge vom Leibe gerissen worden und die Welt hätte Gelegenheit gehabt, noch mehr jener Unterwürigen zu sehen, deren zweifelhafte Reinlichkeit nicht geeignet ist, den Nimbus ihrer Träger zu steigern. Das mußte verhindert werden, denn es ging gar nicht mehr um den Prasek allein, und je weiter der Streit fortschritt, desto mehr der Schuldigen und Belasteten kamen zum Vorschein, so daß die Hoffnung, Prasek allein werde das Opfer sein wollen, immer schwächer wurde. Es ist nicht unsere Verpflichtung, uns selbst zu zitieren, doch sei ausnahmsweise angeführt, was wir nach der Ablehnung der Neujahrsgarantulation Praseks durch den Präsidenten Masaryk geschrieben haben. Weil es zeigt, wie wir voraussahen, was kommen werde: „Prasek wird sich fragen, warum er allein das Schaf sein soll, das man zur Rettung der Moral des kapitalistischen Staates in die Wüste jagen will! Mit dem Verschwinden des einen Praseks wäre ebenjowenig getan, wie es mit der Opferung des einen Ahab geschah. Und selbst, wenn das Unerwartete geschähe, daß Prasek weicht — das System wäre damit nicht beseitigt. Der große Wesen, der zur gründlichen Ausmistung nötig wäre, muß noch gefunden werden.“ Dieser große Wesen wollte am wenigsten die Besta sein, denn dieser Ehrgeiz hätte der Koalition das Leben gelöst. Darum tat der Fünferausschuß lieber das, was er vordem schon in wiederholten Fällen getan hat und noch öfter tun wird. Er trat als Friedensstifter mit dem Vorkriegsregime in Händen auf und beschwor: Das Ganze halt! Seither ist in den tschechischen Blättern kein Wort mehr vom Spiritus zu lesen.

Es sind jetzt fast drei Wochen her, seitdem der Präsident der Republik durch seine aufsehenerregende Kundgebung gegen den Senatspräsidenten den Wunsch ausdrückte, der so schwer Belastete möge sich reinigen oder aus dem öffentlichen Leben verschwinden. Keine Gelegenheit geht vorüber, ohne daß nicht die Patrioten, die in gleichem Maße in allen Koalitionsparteien zuhause sind, ihre heiße Liebe zu Masaryk zur Schau tragen würden. Aber wie zeigen sie sich hier? Masaryk findet, daß ein Korruptionist nicht würdig sei, ein hohes politisches Amt zu bekleiden und steht sich durch die Unempfindlichkeit der Koalitionsparteien gezwungen, seinen Willen in einer Form bekanntzugeben, die ganz ungewöhnlich ist. Der Ministerpräsident des Staates gehört derselben Partei wie Prasek an, doch was tut er, um dem Wunsch des Präsidenten Rechnung zu tragen? Er stellt sich schwehmäßig und tut, als ob ihn die ganze Sache nichts angehe. Trotz der Kundgebung des Präsidenten gehören Svehla und Prasek doch immer derselben Partei an und der letztere dort bis heute als Präsident des Senates fungieren. Die tschechische Agrarpartei läßt sich mit Ach und Krach herbei, einen sogenannten Untersuchungsausschuß einzusetzen, doch wer glaubt angesichts der Drohung Praseks, er werde auch Enthüllun-

Kahrs Diktatur erschüttert.

Der Landtag wendet sich von seinem Staatskommissär ab.

München, 18. Jänner. (Eigenbericht.) Im bairischen Landtag erlitt das System Kahrs eine empfindliche Niederlage. Zum ersten Male seit der Einsetzung des Generalstaatskommissärs fand sich eine Mehrheit, die gegen den Absolutismus Kahrs in offener Landtagssitzung protestierte. Der Ausschuß des Landtages nahm heute den Antrag des früheren Justizministers Dr. Roth an, der die sofortige Aufhebung des Verboes des „Völkischen Beobachters“, des „Deinatlant“ und anderer kleiner Blätter fordert. Dieser Beschluß ist von großer Tragweite, weil zum erstenmal seit Bestehen des Generalstaatskommissariats sich im Parlament eine Mehrheit gegen Kahrs gefunden hat. Vor kurzem noch hätte Kahrs nach seinem eigenen Ermessen entschieden, heute ist aber seine persönliche Widerstandskraft erschüttert. Die natürliche Kon-

sequenz wäre sein Rücktritt und eventuell auch der Rücktritt der gesamten bairischen Regierung, die in einer so wichtigen Frage, entgegen ihrem eigenen Willen, einen Beschluß des Landtages auszuführen hat.

München, 18. Jänner. (Wolff.) Die wiederholt geforderte Zusammenstellung der Anordnungen und Verfügungen des Generalstaatskommissärs ist jetzt dem Parlamente zugegangen. Im Verfassungskonflikt des bairischen Landtages erklärte Staatsminister Schwegler unter lebhafter Bewegung der Lippen, daß die Staatsregierung von verschiedenen Verfügungen und Maßnahmen des Generalstaatskommissärs, bisher keine Kenntnis habe, da sie der Regierung nicht vorgelegt wurden.

Die Unterhausdebatte über Frankreich.

Heftige Anklagen der Arbeiterpartei und Asquiths gegen Frankreich.

London, 17. Jänner. (A. R.) Der Arbeiterpartei Clynnes hat heute nachmittags im Unterhause den bereits bekannten Zusatz zur Antwort auf die Thronrede eingebracht, welche, wie man erwartet, den Sturz der Regierung zur Folge haben wird. Clynnes äußerte sich mit Nachdruck darüber, daß durch die allgemeinen Wahlen die Regierungsvorlage zur Lösung des dringenden Problems der Arbeitslosigkeit abgelehnt wurden. In Besprechung der auswärtigen Angelegenheiten trat er dafür ein, die Macht und den Einfluß Englands weise und energisch in Anwendung zu bringen. „Unsere Opfer während des Krieges“, sagt Clynnes, „berechtigen uns dazu, uns in entscheidender Weise an der Regelung der auswärtigen Fragen zu beteiligen. Als Frankreich unsere militärische Hilfe benötigte, und um diese anzufachen, wurde sie ihm gegen Deutschland gewährt. Nun verlangen wir, Einfluß auf eine Friedenspolitik zu haben, was durch die von uns gebrachten Opfer berechtigt ist.“

Asquith rief seinen liberalen Freunden, für den Zusatz zur Antwortadresse auf die Thronrede zu stimmen. „Der Zusatz“, sagt er, „sei ein klares, bestimmtes und uneingeschränktes Mißtrauensvotum gegen die augenblickliche Regierung.“ Frankreich ist uns ein lieber und nahstehender, mächtiger Nachbar, mit welchem und für welches wir freigestimmt sind. Der große Krieg muß das Mittel zu großen Zielen sein. Eine dauernde Freundschaft in Europa gehöre zu diesen Zielen; dieselbe sei nur dann möglich, wenn Deutschland und Frankreich im Frieden leben werden.

Der Gesundheitsminister Johnson Sir ergriff nach Asquith das Wort und erklärte, daß die

Verantwortung für die Einsetzung der Arbeiterpartei in die Regierung auf die Liberalen falle und sie für hundert Jahre hindern werde, zur Regierung zu kommen. Der Friede Europas werde durch Steitigkeiten unter den Alliierten nicht verbessert werden. Alles, was man tun könne, um den Frieden Europas sicherer zu gestalten, werde die Unterstützung der konservativen Partei erhalten. Alles würde getan werden, um die Mitwirkung Amerikas zu sichern.

Clynnes erklärte, Deutschland gegenwärtig schlechter zu behandeln, als Deutschland Frankreich vor fünfzig Jahren behandelt habe, würde bedeuten, einen baldigen großen Krieg vorzubereiten.

Wir können nicht mehr länger nur zusehen und abwarten!

Die Loge der drei unabhängigen und organisierten Parteien, von welchen keine an Zahl bedeutungsvoll ist, ist eine heikle. Aber auch unter diesen Umständen hat die Labour Party das absolute und unbestrittene Recht, in die Regierung einzutreten. Das würde bedeuten, daß eine sozialistische Regierung zum erstenmal zur Macht gelangen würde. Nehmer erklärte, er sei dessen sicher, daß die große Mehrheit, wenn nicht die gesamte liberale Partei jene Gedanken an eine Fusion der Liberalen mit den Konservativen verwerft, um der Arbeiterschaft den Eintritt in die Regierung unmöglich zu machen.

Der Führer der Bergleute Frank Hodges führte aus: Eine Revolution mit konstitutionellen Mitteln sei im Anzuge, während Revolutionen in anderen Ländern mit Blutvergießen und Gewaltanwendung begleitet seien. Die Arbeiterschaft werde Pläne zur Reorganisation der Industrie einbringen. Wenn die Verstaat-

hat sich auch gezeigt, daß es nicht nur tschechisch-deutschen Spiritus gibt, sondern auch slowakischen Spiritus, und daß in dem Eldorado der slowakischen Spirituskorruption einträchtig alle Koalitionsparteien sich ergangen haben. Zur Beschönigung der Verwendung der dem slowakischen Spirituskonzern abgenommenen Millionen wurde angeführt, daß die Gelder nicht den politischen Parteien zugewendet wurden, sondern Kultur- und Erziehungsaufgaben. Als ob hinter den Turn-, Sport- und Bildungsvereinen, unter denen die Beute aufgeteilt wurde, nicht die politischen Parteien ständen!

Es bleibt also vorläufig alles wie es war. Vielleicht läßt sich Prasek gnädigst auf Urlaub schicken, von dem er nicht mehr zurückkehrt, aber das liegt an ihm und nicht in der Macht der Koalition, die sich wieder einmal als Hüterin der Korruption trefflich bewährt hat. Die Korruption beseitigen wollen, heißt der Koalition das Lebenslicht ausblasen. Das ist die Lehre, welche sich aus dem Spiritusstandal ergibt. Nun ist wieder Frieden eingekerkert, die feindlichen Kräfte haben sich ausgehöhlt. Und über dem edlen Bund hält Gott Nimm jegnend seine Hände! . . .

Lichtung das einzige Mittel für eine Organisation der Industrie und Arbeit sei, so wird diese vorgeschlagen werden.

Der durchgefallene Kriegsheker meldet sich!

London, 18. Jänner. Churchill bezeichnet in einem von der Presse veröffentlichten Schreiben die Einsetzung einer Arbeiterregierung als ein ernstes „nationales Unglück“. Er regt an, daß das Unterhaus der Zurückweisung des Sozialismus Ausdruck gebe.

Der drohende Eisenbahnstreik . . .

London, 18. Jänner. (A. R.) Arthur Henderson, einer der Führer der Labour Party, vermittelte gestern zwischen der Direktion der Eisenbahngesellschaften und der Vereinigung der Maschinistenführer und Heizer, deren Mitglieder Sonntag nachts den Streik zu eröffnen drohten. Henderson verhandelte mit mehreren Direktoren, konnte am Abend aber noch nicht bekanntgeben, ob irgendein Schritt zur Beilegung des Kon-

Fort mit dem Ausnahmezustand!

Die Lösung der Berliner Parteikonferenz.

Berlin, 18. Jänner. (Eigenbericht.) Die sozialdemokratische Partei hat durch ihre und die Beratungen und Beschlüsse der Reichstagsfraktion zu erkennen gegeben, daß sie nicht gewillt ist, länger den militärischen Ausnahmezustand zu ertragen und daß die bevorstehenden Reichstagswahlen unter den heutigen Verhältnissen eine Unmöglichkeit sind. Der gleichen Ansicht sind das Zentrum und die Demokraten, ja sogar ein Teil der Deutschen Volkspartei stimmt mit dieser Auffassung überein. Trotzdem also eine Mehrheit in der Reichsregierung für die Aufhebung des Ausnahmezustandes vorhanden ist, scheint das Kabinett davor zurück, sie zur Geltung zu bringen, weil der Reichswehrminister an der Auffassung festhält, daß der Zustand noch aufrecht erhalten werden müsse. Der Gesetzer aber von den Reichswehrgeneralen stark beeinflusst, und die Situation im Reich ist tatsächlich so, daß das gesamte innerpolitische Leben vom Militär bestimmt wird. Diesen unmöglichen Zustand zu beseitigen, wird die nächste Aufgabe der Partei sein.

Zu einem „Gegenstoß“ gegen die Bestrebungen der Sozialdemokratie haben jetzt die Deutschnationalen ausgeholt, indem ihre Reichstagsfraktion einen Antrag auf sofortige Aufhebung des Reichstages und Ausscheidung von Neuwahlen ankündigt. In dem Antrag wird die Reichsregierung aufgefordert, auf den Reichspräsidenten einzuwirken, daß er die Neuwahlen alsbald anordne. In der Begründung wird ausgeführt, daß das Ermächtigungsgesetz mit dem 15. Februar abläufe; da sich aber der Reichstag einmal ausgeschaltet hat, hat er sich selbst unmöglich gemacht und ist daher außerstande, seine Aufgabe zu erledigen.

Es ist ganz klar, daß dieser Antrag aus partei egoistischen Gründen entstanden ist. Die Völkischen fürchten nämlich, daß ihre Situation sich ungünstiger gestalten werde, wenn die wirtschaftliche Beruhigung weiter fortschreitet und auch die außenpolitische Lage unter dem Einfluß der politischen Ereignisse in England hoffnungsvoller werden sollte. Wie wenig den Deutschnationalen an einer wirklichen Besserung der parlamentarischen Verhältnisse gelegen ist, geht schon daraus hervor, daß sie in ihrem Antrage verlangen, die Neuwahlen sollen noch unter dem militärischen Ausnahmezustand stattfinden.

Die Sozialdemokraten verlangen die Einberufung des Außenausschusses.

Berlin, 18. Jänner. (Eigenbericht.) Im Auftrage des Fraktionsvorstandes hat Genosse Müller an Stresemann einen Brief gerichtet, indem er die sofortige Einberufung des Außenausschusses fordert. Er begründete die Forderung mit dem Eintreffen der französischen und belgischen Note und wünscht eine Besprechung dieser Note, ferner eine Aussprache über die Rhein- und Ruhrfrage, das Reparationsproblem, über die Wehrkontrolle usw. Eine Besprechung dieser Fragen erscheine schon deshalb notwendig, weil vorläufig von der Einberufung des Reichstages noch keine Rede ist.

Wirths Kundgebung für die Republik!

Berlin, 18. Jänner. (Eigenbericht.) Der „Offene Brief“ des früheren Reichskanzlers Dr. Wirth hat im Lager der Reichspresse helle Entrüstung hervorgerufen. Die Reichspresse sagt, daß Wirth mit seiner Erfüllungspolitik das Reich dem Ruin zugeführt hat und daß er nichts anderes sei, als ein verkappter Marxist. Diese wüßstigen Blätter verschweigen aus beabsichtigten Gründen, daß der Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft erst nach der Kanzlerschaft Wirths, lange darnach, erfolgt ist. Der ihren Kreisen so innig verbundene Dr. Cuno war es, der mit seiner Kanzlerpolitik Deutschland in das schreckliche Ruhrgebiet hineintrieb und damit das Reich dem Abgrund nahe brachte. Die linkslebende Presse soll der Kundgebung Dr. Wirths lebhaften Beifall.

Der Reichsbund der demokratischen Jugend telegraphierte an Wirth, daß er mithelfen wolle, alle Kräfte für die soziale Republik zu sammeln.

Zusammentunft zwischen Marx und Kautsky.

Berlin, 18. Jänner. (Wolff.) Der Reichskanzler hatte heute mit dem bayerischen Ministerpräsidenten in Homburg von der Höhe eine Zusammentunft. Sie erstreckte sich insbesondere auf die bayerische Verfassung zur Weimarer Verfassung und war getragen vom Verständnis für die gegenseitigen Interessen. Ueber die weitere Verhandlung der schwebenden Fragen ist ein Einverständnis erzielt.

Die Pfälzer wollen beim Reich bleiben.

Landau, 18. Jänner. (Wolff.) Der englische Generalkonsul Clives empfing gestern in Speyer die Vertreter von acht Städten und 606 Gemeinden, die sich gegen die Autonomisten aussprachen. Ein Vertreter der Landauer Zeitungen verlangte eindringlich, sowie noch mehrere andere Redner Rede-, Press- und Versammlungsfreiheit. Generalkonsul Clives hörte sie wie auch die Vertreter der Industrie, des Handels, der Gewerbevereinigungen und der freien Gewerkschaften, die ebenfalls gegen die Sonderbündler protestierten, mit großer Aufmerksamkeit an. Auf eine Frage Clives wurde ihm einstimmig geantwortet, daß die Pfalz beim Reich und bei Bayern bleiben wolle.

Die separatistischen Verordnungen in der Pfalz.

Die Verhandlungen verlegt.
London, 18. Jänner. In der gestrigen Sitzung der interalliierten Rheinlandskommission in Koblenz, wurden die Verhandlungen über die von der separatistischen autonomen Regierung in der Pfalz getroffenen Entschlüsse auf eine Woche vertagt. Der englische und der belgische Kommissar behielten sich das Recht vor, eine neue Vertagung zu fordern, falls die alliierten Regierungen bis dahin nicht einen Ausweg aus der Situation gefunden hätten.

Streik in der Wiener Speditionsbranche.

Wien, 18. Jänner. Im Verlaufe der Lohnverhandlungen, die seit einiger Zeit zwischen den Arbeitern der Speditionsbranche und den Betrieben im Gange sind, ist es zu einem Ausstande bei der Firma Gars und Zellinek gekommen. Die Arbeiter dieser Firma haben eine Versammlung abgehalten, in der beschlossen wurde, heute den allgemeinen Streik in dieser Branche zu proklamieren; dieser hat auch sofort im Wiener Speditionsbetrieb eingesetzt.

Hoffmann von Fallersleben.

Zu seinem fünfzigsten Todestage.
Und wie des Volkes Not und Pein
Mir ist ins Herz gedrungen,
So hab ich, was ich sah und fand
Zurück ins Volk, ins Vaterland
Auch wiederum gesungen.
(Hoffmann von Fallersleben.)
Ein halbes Jahrhundert ist an diesem neunzehnten Jänner verfloßen, seit Hoffmann von Fallersleben im idyllisch an der Weser gelegenen alten Schloß Corvey seine Lebensstage beendete. Sechszwanzigjährig ging er dort als Bibliothekar wirkende Dichter hinüber in jene stillen Jagdgründe, wo es weder preußische Vollzeipladereien, noch müßigen Gründerschwinder gab; gegen weich legeren er suchte noch seine Salbe „Spitzelgein“ abgefertigt hatte. Ein deutsches Vormärzschicksal, ein Professor und Volksmann vom guten, alten Schloß hatte geendet.
Das war vor fünfzig Jahren. Man würde man sich heute des Baders noch erinnern, wenn nicht in soundsoviel Schullesebüchern viele seiner gemüthlichen Kinderlieder ständen, und wenn nicht aus seiner Feder das jehtund wieder Bekannte gewordene Deutschlandlied stammt. Denn die reiche Philologenarbeit August Heinrich Hoffmanns, der sich nach seinem im Lüneburger gelegenen Geburtsort Fallersleben benannte, findet doch immer nur in einem kleinen Kreise der Jünglinge Beachtung. Vollständig wurde Hoffmann erst in der politischen Arena, in die reaktionäre Weimarer Zeit ihn gedrängt und in der er neben dem jüdischen Herwegh, dem schwingvollen Freiligrath, steht.
Seine damals viel beachteten, wenn auch nicht an Freiligrathem Maßstabe zu messenden „Un-

Poincaré muß sich verteidigen.

Paris, 18. Jänner. (Gavas.) Ministerpräsident Poincaré führte heute in der Kammer aus, daß er mit Vertiefung die Erklärung des Abg. Serriest, derzufolge eine Reduktion der deutschen Schuld nicht zulässig ist, aufgenommen habe. „Das Ausland muß erfahren“, sagt Poincaré, „daß mit Meinungsverschiedenheiten zwischen Franzosen, die auf Kosten der Rechte Frankreichs gehen würden, nicht zu rechnen sei.“ Poincaré gedachte hierauf seiner Bemühungen, die Einheit der Alliierten-Aktion aufrecht zu erhalten. Frankreich, führte er aus, wird immer alles tun, was notwendig sein wird, um zu einem Einvernehmen mit den Alliierten zu gelangen, wird sich aber niemals von jemand ins Schlepptau nehmen lassen!

Der Ministerpräsident verlas hierauf einige Stellen aus dem Selbstbuche, aus denen hervorgeht, daß er, weit entfernt von dem Wunsche, allein in das Ruhrgebiet zu gehen, Bonar Law gegenüber darauf beharrte, daß sich England Frankreich anschließen müsse. Erst als er die Zustimmung der Mehrheit der Reparationskommission erlangt hatte, handelte er im Einvernehmen mit Belgien und Italien. Entweder müßte also Frankreich ohne England ins Ruhrgebiet gehen, oder Deutschland freistellen, für immer die Gläubigernationen abzuweisen.

Poincaré erinnerte sodann an die Verlegung der finanziellen Front der Alliierten durch England und an die Situation Frankreichs und Belgiens, die dem deutschen Widerstande gegenüber allein daständen, und fügte hinzu, daß die Kritik Serriest an die englische Politik und nicht an die französische, die von Geduld und gutem Willen getragen sei (!), adressiert sein sollte. Poincaré konstatierte, daß Deutschland an Zahlleistungen den anderen Nationen mehr leiste als Frankreich. Serriest sagte, daß er festere und dauerhaftere Garantien finden würde als das Ruhrgebiet. Ich fürchte aber, daß er für einen Sach Hoffnung eine Hand voll Sicherheit hingeben würde. Redner fährt schließlich aus, daß er mit Serriest darin übereinstimme, daß das Ruhrgebiet kein genügendes Pfand sei. Belgien dachte an die Ausnützung anderer Pfänder in unbesetzten Deutschland, ebenso wie wir, aber diese Pfänder müßten zu denen, die wir bereits hatten hinzunehmen und nicht durch sie ersetzt werden. Es genügt ins Ruhrgebiet einzumarschieren, um seinen Reichtum feststellen zu können. Besser ein „Da hast Du“ als zwei „Ich werde dir geben“.

Im weiteren Verlaufe seiner Rede in der Kammer kam Poincaré auf die Allianzpolitik zu sprechen und erklärte, das Verhältnis der Kleinen Entente zu Frankreich kennzeichne die enge Freundschaft. Frankreich heiße das Abkommen zwischen Jugoslawien und Italien bezüglich der Adria herzlich willkommen.

Es werden zwei Tagesordnungen angemeldet, und zwar eine des Abg. Manaut und eine zweite des Abg. Serriest. Poincaré erklärte, er stimme der Tagesordnung Manauts zu, die besagt, die Kammer billige die Erklärung der Regierung, namentlich bezüglich der Ruhrbesetzung. Sie vertraue ihr, daß sie auch weiterhin ihre auf das Wohl der Nation bedachte Politik verfolgen werde.

Poincaré stellte die Vertrauensfrage. Die Kammer stimmte mit 415 gegen 151 für die Priorität dieses Antrages und nimmt mit 440 gegen 122 Stimmen den ersten Teil der Tagesordnung und mit 445 gegen 129 Stimmen den zweiten Teil der Tagesordnung an. Der Gesamtantrag wurde durch Handaufheben angenommen.

Frankreich auch in Amerika durchschaut!

Washington, 18. Jänner. Am Senate sprach Borah gestern über die französische Kriegsschuld an die Vereinigten Staaten und sagte: Frankreich

politischen Lieder“ waren es, die den im Denken und Wesen freien Mann ins schwarze Buch der politischen Polizei brachten und die dazu führten, daß er 1842 seiner Breslauer Professur ohne Pension entsetzt wurde. Auf preussischen Wink hin auch aus anderen Bundesstaaten ausgewiesen, zog der Gedächte nun durch die deutschen Lande, trug in privaten Zirkeln und an Wirtschaftlichen politische und Minulieder vor und erwarb sich so seinen Lebensunterhalt.

Menschen und Bücher haben ihre Schicksale, zuweilen auch ein einzelnes Lied. Am 26. August 1941 war es, als Hoffmann auf einem einsamen Spaziergang auf dem Helgoländer Klippen sein „Deutschland, Deutschland über alle“ formte. Vier Louisdors zahlte ihm der drei Tage später dort mit dem ersten Exemplar des zweiten Teils der „Unpolitischen Lieder“ eingetroffene berühmte Hamburger Verleger Campe dafür. Campe, bekanntlich auch Verleger Heines, war ein guter Geschäftsmann, und schon nach einer Woche hatte dieser dem Liede die Melodie des Haydnischen „Gott erhalte Franz, den Kaiser“ untergelegt.

Hoffmanns Verse atmeten in ihrem inneren Wesen Oppositionsluft. Aus ihnen sprach der große deutsche Einheits- und Veränderungs-gedanke. Dieser aber richtete sich klar und unabweislich gegen die geschworenen Feinde dieses Gedankens, die deutschen Fürsten. So hat man die Verse damals aufgesagt. Die Fürsten und Kaiser erkannten den Sinn des Liedes; kein Wunder, daß noch im selben Jahre die humorvoll-geligen „unpolitischen“ Satiren mit samt ihrem Verlage verboten wurden.

Seltames Schicksal; nach Jahrzehnten kam eine Zeit, in der unter Wilhelm II. gloriöser Aera das Lied in innerlich entstellter Weise seinen Weg zu machen begann. „Heil dir im Siegerkranz“ - Stimmung und haubnissischer Eröberungsdrang spukten jetzt plötzlich zwischen den

sei nicht bereit, mit Amerika eine Regelung zu treffen, habe aber trotzdem an europäische Regierungen große Anleihen (für militärische Zwecke) bewilligt. Frankreich sei die allergrößte militärische Macht, die Europa jemals gekannt habe, und die amerikanischen Steuerzahler müßten helfen, die dazu nötigen Kosten aufzubringen. Er glaube nicht, daß Italien und Frankreich ihre Schuld an Amerika ablenkten wollten, aber es sei klar, daß diese Regierungen ihren Vätern diese Auffassung beizubringen suchten.

Unter welchen Bedingungen Frankreich Sowjetrußland anerkennen will.

Paris, 17. Jänner. (Gavas.) Bevollmächtigte französische Kreise dementieren die Behauptung des „Manchester Guardian“, derzufolge Minister Dr. Venes dem Sowjets ein Angebot Frankreichs auf Anerkennung der Sowjetregierung unter der Bedingung einer antienglischen Politik im Osten unterbreitet hat. Die Bedingungen Frankreichs für die Anerkennung der Sowjetregierung sind unverändert folgende: 1. Die Sowjetregierung anerkennt die russischen Vorkriegsschulden; 2. Sie gibt französischen Staatsangehörigen die ihnen konfiszirte Eigentum zurück oder leistet ihnen, falls dies unmöglich wäre, vollen Ersatz; 3. Sie unterläßt jedwede Sowjetpropaganda in Frankreich.

Die Grundlagen der italienisch-jugoslawischen Allianz.

Rom, 17. Jänner. Blättermeldungen zufolge beruht das italienisch-jugoslawische Abkommen auf folgenden Grundlagen: 1. Keine Abtretung großer oder kleiner Inseln in irgend einem Teile des Adriatischen Meeres; 2. Keine Aenderung der Julischen Grenzen; 3. Die zukünftigen Beziehungen zwischen Italien und Jugoslawien werden durch einen Freundschaftsvertrag geregelt werden, dessen Inhalt von den beiden Ländern festgesetzt werden wird, und zwar in einer solchen Weise, daß er bei den übrigen Nachbarn keinen Alarm hervorzurufen geeignet sein wird; 4. Die Zusammenkunft zur Unterfertigung der allgemeinen und Sonder-Abkommen wird in Rom stattfinden.

Ausblick in eine glücklichere Zukunft.

Branting über eine Arbeiterregierung in England.

Stockholm, 18. Jänner. (A.M.) Gestern fand im schwedischen Reichstag die Budgetdebatte statt. Branting (Sozialdemokrat) kritisierte die pessimistischen Anschauungen des Ministerpräsidenten über die Weltlage und erklärte, daß zwar viele Gründe dafür beständen, besorgt zu sein, daß aber auch viele gute Anzeichen für die Erhaltung des Friedens, wie z. B. das Anwachsen der Arbeiterbewegung, beständen. Eine Arbeiterregierung in England ist ein Beweis dafür, daß wir uns einer glücklichen Zukunft nähern.

„Lehrhefische“ der ungarischen Studenten.

Budapest, 18. Jänner. Wie die Blätter melden, hat die Polizei in der Wohnung mehrerer Universitätslehrer zwanzig Manuscripte gewohre mit geschliffenen Bajonetten, mehrere scharfe Patronen sowie verschleierte Dynamit zünder und Revolver beschlagnahmt. Gleichzeitig sind mehrere Personen verhaftet worden. Die Verhafteten sollen an den Bombenattentaten der jüngsten Zeit beteiligt gewesen sein.

Zeilen des Gedächten und seiner Flüchtlingsfahrten dachte man nicht mehr. Doch auch Wilhelms II. Welt und Menschheit herausfordernde Casarentage gingen dahin, just wie das durch die Friedensvertragsparaphen unserer Gegner kurz und klein gehachte symbolische Kriegsanth der Helgoländer Felseninsel. Und nun wurde gar das Lied zum deutsch-völkischen Antisemitengefang herabgezerrt, stieg bei jeder Gelegenheit aus den alkoholfestärkten Rechten vaterländischer Bierbankbarden und erlebte so eine Schmachblüte. Erst ein amtliches Verbot des Reichspräsidenten Ebert wies den Versen einen gebührenden Platz im Wiederschabe der Nation an. Am textlichen Rhythmus des Liedes haben sich übrigens im Laufe der Zeit noch viele Komponisten versucht, u. a. auch Conradin Kreuzer und Viktor Kessler. Behauptet jedoch hat sich von Anfang an bis heute nur die Haydnische Melodie, nach der, gegen Geld und gute Worte, auf seinen Flüchtlingsfahrten sein Dichter es selbst gesungen hat.

Auf dem in diesen Wochen von toten Winden unwehten roten Helgoland steht ein kleines bescheidenes Häuschen. Eine Tafel erinnert daran, daß hier vor mehr als acht Jahrzehnten der Dichter des Deutschlandliedes wohnte. Auch ein Denkmal hatten ihm einige Zeit nach seinem Tode gute Freunde gesetzt. Vor dreißig Jahren — auch an einem wilden Wintertag — schwennte eine Sturmflut es hinweg. Damals erließ die noch in guter Tradition marschierende „Gartenlaube“ einen Aufruf, und bald waren die Gelder bereit zu einem neuen Stein.

Das beste Denkmal aber lebt dem Dichter noch immer in den Herzen jener Volksmassen, die, wie er, in schärfster Opposition zu allen jenen Mächten stehen, deren Ziele wirtschaftliche Entrechtung und politischer Rückschritt sind.

J. Klische.

Neuwahlen in Frankreich.

(Von unserem Pariser Korrespondenten.)

Die laufende Legislaturperiode des französischen Parlaments geht am 31. Mai zu Ende. Die Neuwahlen zur Kammer, die nach der Verfassung frühestens 60 Tage vor dem Erlöschen des Mandates der gewählten Deputierten stattfinden und zwischen deren Ausschreibung und Durchführung ein Zeitraum von 20 Tagen liegen soll, hätte demgemäß zwischen dem ersten Sonntag im April und dem letzten Sonntag im Mai stattzufinden. In gut unterrichteten Kreisen wird der französischen Regierung neuerdings die Absicht zugeschrieben, diesen Termin um einige Wochen früher zu legen. Durch ein Notgesetz soll die gegenwärtige Legislaturperiode um zwei Monate verlängert werden, so daß die Wähler bereits am 2. März zur Entscheidung berufen werden dürften. Die Gründe, die der Regierung einen solchen Entschluß nahelegen könnten, sind mannigfacher Natur. Einmal hat Herr Poincaré mit Rücksicht auf die außerpolitische Situation alles Interesse daran, den Wahlkampf, der diesmal im Zeichen des Kampfes gegen den nationalen Bloß und den Imperialismus der französischen Außenpolitik besonders erbittert zu werden verspricht, nach Möglichkeit abzukürzen. Dann aber ist es vor allem die in engem Zusammenhange mit der fortwährenden Entwertung des Francs stehende katastrophale Entwicklung der wirtschaftlichen und finanziellen Lage des Landes, die die Regierung, und mit ihr alle ihrer Verantwortung bewußten Politiker, dazu drängt, die gegenwärtige, ausschließlich von der Sorge um ihre Wiederwahl beherrschte und deshalb in allen, die wahren Interessen des Landes berührenden Fragen aktionsunfähige Kammer so schnell wie möglich durch ein Parlament zu ersetzen, das in den wichtigsten Entscheidungen, die die Regierung von ihm verlangen muß, nicht durch wahlstatistische Rücksichten gehemmt ist.

Der Mißerfolg der von der Regierung gegen den fortschreitenden Verfall der französischen Währung unternommenen Maßnahmen, die in Wirklichkeit nichts als lächerliche Palliativmaßnahmen waren, hat die öffentliche Meinung des Landes ungewöhnlich stark erregt. Man fürchtet allgemein ein weiteres Sinken des Francs und dessen drohende Rückwirkungen auf das gesamte Wirtschaftsleben des Landes. Die dagegen gerichteten künstlichen Dämme — dazu gehört vor allem die gewaltsame Wiederherhaltung des Lohnniveaus — drohen von Stunde zu Stunde überflutet und hinweggespült zu werden. Man weiß in den maßgebenden Kreisen sehr genau, daß, wenn man erst einmal gezwungen sein wird, Löhne und Gehälter den stark gestiegenen Lebenshaltungskosten anzupassen, — was heute nur noch eine Frage von Wochen oder Tagen sein kann — man weiß, daß dann die Rückkehr zur Inflation, gegen die man sich seit zwei Jahren mit allen Mitteln gestemmt hat, unvermeidlich, und daß dann das Schicksal des Francs endgültig besiegelt sein wird. Das einzige, wirklich wirksame Mittel, das dieser Entwicklung in den Arm zu fallen vermöchte, wäre eine energische und mit großer Energie durchgeführte Sanierung der unhaltbaren Situation der Staatsfinanzen. Die Regierung hat in den Jahren seit Friedensschluß mit Hilfe zweifelhafter Buchführungskünste dem Lande das Bild eines in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichene, ordentlichen Etats vorgegaukelt, indem sie alle Ausgaben für die Deutung nicht vorhanden war, auf den außerordentlichen Etat oder das zu „Rasten Deutschlands gehende“ Budget der dépenses recouvrables übernommen hat. Die Folge davon war, daß die französische Staatsschuld die vierhundertste Milliarde längst überschritten hat und Jahr für Jahr um weitere 30 bis 40 Milliarden anwächst. Nur eine ungewöhnlich energische Politik, die vor der rückwärtsstößenden Drofflung aller Ausgaben und der Ausschreibung neuer, sehr beträchtlicher Steuern nicht zurückschreckt, kann dem drohenden Debakel Einhalt tun. Weides aber ist nur von einer neuen Kammer zu erwarren. Die alte hat dazu weder das notwendige Verantwortungsbewußtsein noch den Mut gegenüber der Wählerschaft. Die Früherlegung des Wahltermines erscheint unter diesen Umständen durchaus glaubhaft.

Die sozialistische Partei Frankreichs wird durch die Neuwahlen vor ein sehr heißes Dilemma gestellt. Für alle wirklich demokratischen Elemente gibt es in diesem Wahlkampf nur ein Ziel: die Zerbrechung des nationalen Blockes, der sich im Jahre 1919 mit Hilfe einer struppelosen Falschung des wahren Willens der Wählerschaft die Mehrheit in der Kammer gesichert und seitdem dem Lande eine in innen wie in außenpolitischer Hinsicht verhängnisvolle Diktatur auferlegt hat. Dieser Kampf gegen die Reaktion aber kann mit sicherer Aussicht auf Erfolg nur dann geführt werden, wenn die Linke der geschlossenen Bilanz ihrer Gegner eine nicht minder solide und geschlossene Einheitsfront entgegenzustellen vermag. Diese Notwendigkeit wird auch innerhalb der sozialistischen Partei von den Führern wie von der Wählerschaft rückhaltlos anerkannt. Die Wege scheiden sich nur in der Frage, ob die Bildung dieser Front gesucht werden soll im Anschluß nach rechts, d. h. an die Parteien der entschieden bürgerlichen Linken, Radikale, Radikal-Soziale und republikanische Sozialisten, oder im Zusammengehen mit den Kommunisten, die seit einigen Wochen die Taktik der schroffen Ablehnung jedes Zusammengehens mit den Sozialisten aufgegeben und selbst die Initiative zu einem Wahlbündnis ergriffen haben.

„Parteil der Linken“ oder „Bloß der Arbeiterpartei“ ist deshalb gegen-

würdig die große Streitfrage, die die sozialistische Partei in zwei Lager spaltet. Die endgültige Entscheidung darüber wird erst auf dem besonders dazu einberufenen Parteitag fallen, der in den Tagen vom 30. Jänner bis 2. Februar in Marfelle stattfindet. Schon heute aber ist die Diskussion darüber in Versammlungen und Presse und vor allem auch innerhalb der provinziellen Organisationen in vollem Gange. Vorteile und Nachteile beider Kombinationen liegen auf der Hand. Gegen ein Zusammengehen mit der bürgerlichen Linken sprechen neben der Befürchtung vor der agitatorischen Ausbeutung einer solchen Koalition durch die Kommunisten vor allem Bedenken allgemeiner politischer Natur. Die Radikalen und Radikal-Sozialen, die auf bürgerlicher Seite den wachsenden Pfeiler eines solchen Kartells der Linken bilden würden, sind weder auf innen- noch auf außenpolitischen Gebieten sehr zuverlässig. Ihr Programm ist zwar in bestem Sinne demokratisch, aber die Zusammensetzung der Partei ist so wenig homogen, die unklaren Kantonsisten in ihr so zahlreich und die Parteidisziplin so gering, daß man innerhalb der sozialistischen Partei von einem Zusammengehen mit ihnen eine starke Kompromittierung der Zukunft und eine unter Umständen verhängnisvolle Schwächung der propagandistischen Stoßkraft befürchtet. Gegen ein Bündnis mit den Kommunisten spricht vor allem deren bisherige Politik. Sie haben in den letzten Jahren ihre Hauptaufgabe in der schonungslosen Bekämpfung der Sozialdemokratie und der Zersplitterung der Arbeiterkraft. Daß es den Kommunisten bei dem angebotenen Wahlbündnis nicht um die Sache der Arbeiterkraft, sondern lediglich um ihre eigenen sehr egoistischen Ziele zu tun ist, zeigt am deutlichsten die von ihnen gestellte Bedingung, daß das Bündnis für die Gesamtheit aller Wahlkreise bindend sein und die sozialistische Partei auf jedes Zusammengehen mit bürgerlichen Gruppen verzichten müsse. Was sie damit von der sozialistischen Partei verlangen, wäre glatter Selbstmord. Ein wirklicher Mandatserfolg könnte einem sozialistisch-kommunistischen Bloch nur in den nördlichen Industriebezirken beschieden sein, wo bei den letzten Wahlen 153.322 bürgerlichen Stimmen 101.693 sozialistische und 61.279 kommunistische Stimmen gegenübergestellt haben. Möglicherweise wäre darüber hinaus vielleicht die Eroberung der Pariser Banntafel. In der großen Mehrzahl aller übrigen Wahlkreise aber würde ein Bloch der Arbeiterparteien nur auf minimale Erfolge zu rechnen haben, während im Bündnis mit der bürgerlichen Linken den Sozialisten eine recht beträchtliche Anzahl von Mandaten sicher wäre. Die Erfüllung der kommunistischen Forderungen dagegen würde dort überall den leichten Sieg des nationalen Blodes zum Schaden der Demokratie und des Sozialismus zur Folge haben. Denn in den meisten dieser Wahlkreise sind weder die Arbeiterparteien noch die bürgerliche Linke für sich allein stark genug, um der geschlossenen Front der gegnerischen Parteien eine genügend große Anzahl Mandate zu entreißen und so die heutige national-revolutionäre Mehrheit in eine demokratisch-sozialistische zu verwandeln. Der Gewinn einiger Mandate im Verein mit den Kommunisten würde demnach mit der Preisgabe des bei einem tatsächlichen Zusammengehen mit der bürgerlichen Linken sicheren Erledigung des nationalen Blodes bezahlt werden müssen.

Inland.

Ein offener Brief Stivins und sein Echo.

Der tschechisch-sozialdemokratische Abgeordnete Stivín richtete folgenden bemerkenswerten „offenen Brief“ an den Minister Stříbrný:

„Das „Cesta Slovo“ behauptet anonym, daß ich Dich deshalb angriffe, um Schweigen zu erzwingen. Was für ein Schweigen? Das „Cesta Slovo“ behauptet heute anonym, daß ich unlängst von der Beschuldigung abgerückt bin, Deine Partei habe drei Korruptionsaffären. Wir haben nicht von drei Korruptionsaffären geschrieben, sondern von drei Skandalaffären, von denen eine eine Korruptionsaffäre ist. Ich bin von dieser Behauptung nicht abgerückt, und als die Abgeordnete Slaviček und Jemín offiziell Aufklärung verlangten habe ich sie gegeben. Abg. Slaviček hat mir manche Informationen überlegt, manche bestätigt. Die eine Skandal-, bzw. Korruptionsaffäre Deiner Partei — Biograp Louvre — ist schon da. Ich glaube, die anderen zwei werden noch kommen. Aus dem Gespräch mit eueren Vertretern hatte ich den Eindruck, daß sie nicht durch die drei angelegten Affären beunruhigt waren, sondern vielleicht durch zehn oder fünfzehn, und daß sie nur wissen wollten, welche drei von ihnen denn sind. Dafür hat man mich als Nahe im „Cesta Slovo“ herangezogen, als ob ich ein Mitglied von zweifelhafter Neutralität wäre obwohl du gut weißt, wie ehrlich und bereit ich bin. Ich werde mich nicht mit irgend-einem Anonymus aus dem „Cesta Slovo“ beschäftigen. Wenn ich schon vor Jahren aus dem Syndikat der tschechischen Tagespresse“ ausgestiegen bin, habe ich das nur deshalb getan, um mit einer solchen Gesellschaft, wie es ein bedeutender Teil der Prager tschechischen Zeitungsleute ist, persönlich nicht das Mindeste gemacht zu haben. Ich weiß, daß Du die unwahren, erdichteten Angriffe gegen unsere Partei, gegen die Genossen Jirásek, Remek und gegen mich, im „Cesta Slovo“ arrangiert hast. Ich weiß, daß Du zwei Dutzend Deiner Sendboten in Prag herumgeschickt hast, damit sie nach der Enthüllung der

Louvreaffäre um jeden Preis irgendeine Korruption auch bei den Sozialdemokraten finden; ich weiß, daß ihr, als Deine Sendboten unrichtiger Dinge kamen, jenes erdachte Gemisch von der Genossenschaftsbank und deren Verwaltungsrat fabriziert habt. Ich habe von Dir geglaubt, daß Du mit dem hohen Amte, daß Du in der Republik beiseidest, und mit dem Einflusse, den Du erworben hast, Dir auch bessere, höhere und aufwendigere Formen des politischen Kampfes angeeignet hast, als Du früher angewendet hast. Ich sehe, daß ich mich geirrt habe.“

Auf diesen, an Deutlichkeit nichts übrig lassenden Brief, antwortete nun das „Cesta Slovo“ an Stelle des Ministers Stříbrný, der selbst einer Antwort auf diese Art aus dem Wege geht, wie folgt: „Wir fragten bei Bruder Stříbrný an, ob er wünsche, daß das „Cesta Slovo“ dem Herrn Redakteur und Abgeordneten Stivín antwortet. Wir wurden ermächtigt, zu erklären, daß erstens die Behauptung, es wären Angriffe gegen die Sozialdemokratie, gegen Senator Jirásek und Abgeordneten Remek arrangiert worden, zweitens die Behauptung, es seien zwei Dutzend „Läufer“ zur Aufspürung einer Korruptionsaffäre angewendet worden, drittens die Behauptung, daß Stříbrný sich das Märchen von der „Allgemeinen Genossenschaftsbank“ aus dem Finger gezogen habe — zumindest eine reine Erfindung des Herrn Stivín oder seiner Informanten sind. Bruder Stříbrný bedauert, daß es ihm gerade sein hohes Amt verweigere, auf den Brief, in dem sich Abgeordneter Stivín sowie Ungehörigkeiten zuschulden kommen läßt, im eigenen Namen und eingehend zu antworten.“

Der Brief Stivíns bildet auch sonst Gegenstand der Aufmerksamkeit in den Spalten der tschechischen Presse. „Rude Pravo“ wendet sich gegen Stivín, der in seinem geistigen Briefe offen andeute, von einer Reihe nationalsozialistischer Ungerechtigkeiten zu wissen, so auch bereits vom Falle „Louvre“ gewußt zu haben, er aber nichtsdestoweniger geschwiegen habe und schweige. Es sei da kein Wunder, daß sich die ganze Partei zu keiner energischen Tat aufraffen könne, die Korruptionäre aus dem öffentlichen Leben auszuschalten. Es bestehe der Anschein immer mehr zu Recht, daß in der Partei der Einfluß der Clique Asters überwiege, die Interesse daran habe, daß von der Spiritusaffäre wie von Affären überhaupt, nicht gesprochen werde. — „Marobni Listy“ hingegen sagen, daß man in der Aera der Polemiken die Anerkennung nicht der Methode verlangen dürfe, deren sich Abgeordneter Stivín bediene. Er apostrophiere seinen Widersacher in direkter Rede und spreche ohne Umschweife. Dieser Methode könne man nicht die Verechtigung und ein höheres Niveau absprechen.

„Cesta Slovo“ fängt an, geschwätzig zu werden; es sagt, daß dem „Pravo Lidu“ und dem „Rude Pravo“ „in der Aufklärung der Spiritusaffäre der Atem ausgegangen“; „Das „Pravo Lidu“ ist vollständig stillgeworden“, nur hier und da bringt es eine sanfte Ansprache vor. Der Abgeordnete, Chefredakteur und Mitglied des Verwaltungsrates der Spiritusbank, Stivín adressiert an unseren Minister Stříbrný folgende Klage: „Herr Minister, Du weißt, daß ich nicht schuldig bin, daß ich ein Rusika bin, und doch tuft Du mir etwas an.“ Allerdings können wir dafür nichts, daß Abg. Stivín Verwaltungsratsmitglied der Spiritusbank (gemeint ist die Genossenschaftsbank. Anm. d. Red.) ist. Dafür kann er nur allein. Er hätte zumindest diese, wie er behauptet, Ehrenfunktion, der Bank an den Kopf schmeißen sollen, als er sah — und das mußte er doch sehen — wie die Bank und hierdurch auch die Leute in ihrer Leitung, durch den Spiritus korumpiert sind. „Herr Kabelač“ hat das Geld ausgeleihen. Die tschechischen Sozialdemokraten und Kommunisten haben die Bank mit ihnen zum Geschenk erhalten. Herr Kabelač muß in seiner Privatunternehmung für die Kulehe an das Bio „Louvre“ Zinsen zahlen, die Sozialdemokraten und Kommunisten zahlen von den geschenkten Spiritusmillionen seinen Zellen und sind auch nicht verpflichtet, das Geld zurückzugeben. Die Anleihe des Herrn Kabelač ist im Hauptbuch des Gläubigers öffentlich als Einlage geführt; sie ist also nicht einem geheimen Spiritusdispositionsfond entnommen. Dagegen wurde die Offerte des sogenannten slowakischen Spiritus direkt den politischen Parteien gemacht und die kommunistischen und sozialdemokratischen Abgeordneten und führenden Leute haben davon gewußt. Der slowakische Spiritus wurde den politischen Parteien mit der ausdrücklichen Bestimmung geschenkt, damit diese Parteien Geld für ihre Agitation haben.“

Farbman will demissionieren?

„Cesta Slovo“ gibt die in politischen Kreisen umgehenden Gerüchte wieder, daß der Minister für soziale Fürsorge, Farbman, der schwer zureichernd ist und gerade seinen sechzigsten Geburtstag begehen wird, auf seine Ministerfunktion zu resignieren gedente. Freilich sei mir, ob dieser Rücktritt gleich oder erst nach Erledigung des Sozialversicherungsgesetzes erfolgen solle. Als Nachfolger gelte sei langem der ehemalige Finanzminister Dr. Leo Winter, der das Amt eines Generalreferenten über diese umfangreiche Gesetzesvorlage übernahm und als Verfasser dieser Vorlage in seiner Funktion bis zur Verabschiedung des Gesetzes ausdauern will. Dann wäre vielleicht der Augenblick gekommen, daß er das angestammte Gesetz in die Praxis umsetze.

Ein Auszug aus der „Internationale“.

Die Auffiger kommunistische „Internationale“, mit der wir uns wegen ihrer unappetitlichen Schreibweise möglichst selten beschäftigen, veröffentlicht in ihrer Freitagnummer neben mehreren Notizen drei ausgewählte Artikel gegen die Sozialdemokratie. Einen davon lasen wir und geben nun die darin enthaltenen Argumente gegen uns auszugsweise wieder:

- „Erbärmliche Dummheit“,
- „grandiose Frechheit“,
- „huchlerisch“,
- „geborenen und eingetragenen Hasser der Revolution“,
- „die Dösen mächtig voll haben“,
- „widerliche Lohndiebstahl“,
- „dummste Art“,
- „Lügen“,
- „erbschlechtig“,
- „menschheitliche Leichenfledderer“,
- „neuerliche Gemeinheit der sozialpatriotischen Klassenharmoniker“,
- „Kerle“,
- „Gemeinheiten“,
- „neuerliche Gemeinheit“,
- „schäbige Larve niederträchtigster Demagogie“,
- „arbeitet... der faschistischen Reaktion in die Hände“,
- „ich... selbst beschmutzt“,
- „Fahrt“,

Dies und Ähnliches enthält ein einziger von den drei Artikeln, der kaum eine Spalte einnimmt! Anständige Menschen pflegen in der Regel nicht zu schimpfen und lassen sich zu starken Ausdrücken höchstens in Augenblicken höchster stütlicher Erregung hinreißen. Nun, sittliche Entrüstung ist doch wohl bei den Auffiger Kommunisten, den Freunden des defraudanten Parteisekretärs Baumhauer, und bei allen Genossen des Soldatenschinders Vener und des gerächtlich als Obergaukler gebrandmarkten Hanke sehr am Platze!

Aufgehobene Auscheidungen von Schulländern.

Vom Währischen Schulland wird uns mitgeteilt, daß die vorwöchigen Aufhebungen von Schulländerauscheidungen der deutschen Schulen Mehrens in Stannern (Bezirk Igau), Prohmery-Gaiwiz (Bezirk Znam) und Magdorf (Bezirk Brunn-Land) betreffen. Unfrüher waren 24 Kinder für Stannern wurde vom Obersten Verwaltungsgericht die Ministerial-Entscheidung für fünf Kinder aufgehoben, ebenso für Prohmery und Gaiwiz für fünf Kinder. In der Begründung der Entscheidung verweist das Oberste Verwaltungsgericht wieder darauf, daß die tschechische Nationalität der Kinderwäter nicht erwiesen wurde, weil bei den Erhebungen lediglich nach deren Abstammung, nicht aber nach ihrer derzeitigen nationalen Zugehörigkeit geforscht worden war. Für Magdorf ist die Entscheidung zur Gänze für alle sieben Kinder aus dem Grunde aufgehoben worden, weil die Eltern zur Feststellung ihrer Nationalität mehrmals einernommen wurden, der Ortschulrat der deutschen Schule aber nur der ersten Vernachnahme desorgegen worden ist. Bei den Verhandlungen, die am 8. und 12. Jänner stattgefunden haben, sind somit 17 von 24 Kindern für die deutsche Schule zurückgewonnen worden.

Ausland.

Eine Konferenz der kommunistischen Partei der Sowjetunion wurde Mittwoch in Moskau in Anwesenheit von 350 Delegierten eröffnet. Auf der Tagesordnung der Konferenz stehen: Die nächsten Aufgaben der Wirtschaftspolitik, Organisationsfragen der Partei und die internationale Lage. Unter den Mitgliedern des einstimmig gewählten Präsidiums befinden sich: Lenin, Trotski, Sinowjew, Stalin, Bucharin, Rykow, Katinin, Krupskaja und Frunse. In der Eröffnungsrede führte Kamenew aus: Die vorangegangene lebhafteste Diskussion in der russischen kommunistischen Partei hat bei unseren Feinden allerlei phantastische Hoffnungen erweckt. Nun sieht aber jeder, daß die Partei geschlossener denn je besteht, und daß ihre überwältigende Mehrheit eine bestimmte Linie verfolgt, die seit sechs Jahren ausdauernd für den Aufbau der Sowjetrepublik ist. Die Partei bleibt Lenins Gebote unabänderlich treu, sie bleibt einig.

Der Referent für Wirtschaftspragen Rykow stellte fest, daß 90 Prozent der Parteimitglieder die Resolution des Zentralkomitee über die nächsten Aufgaben der Wirtschaftspolitik gut heißen, in der das Wirtschaftsbündnis zwischen Stadt und Land im Vordergrund steht. Rykow erklärte, die im Vorjahre aufgetretene Absatzkrise war eine Krise des Getreideüberschusses. Sie wurde zu einem erheblichen Teile durch die unrichtige Preispolitik hervorgerufen. Die Erfolge der Getreideausfuhr bürgen für eine vollständige Behebung der Krise. Die Fortschritte in der Brennstoffgewinnung und in der Verlegung des Verkehrsweises sind derart, daß wir uns in schnellem Tempo den Vorkriegsverhältnissen nähern. Die nächsten Aufgaben sind: Vervollendung der Finanzreform durch Einführung einer werblichändigen Valuta. Gegenwärtig ist die Aufstellung eines detaillierten Wirtschaftsplanes noch unmöglich. Wir sind erst dabei, unsere Republik für die Weltwirtschaft vorzubereiten.

Als Vertreter der Opposition vorgemerkte der Vorsitzende des Konzeptionskomitees Bjatalow gegen Rykow. Er fordert einen Rückschritt für die Industrie, machte die Verwirklichung der sozialistischen Wirtschaft von der folgerichtigen Durchführung der Wirtschaftspolitik abhängig und hielt die Unterzeugung der Industrie und die Ueberzeugung der Landwirtschaft für die Ursachen der Krise.

Der Wollschwanz.

Lorenz Popp erzählt in der Niedersächsischen Arbeiter-Zeitung diese Geschichte, die er von einem Genossen gehört hat, der während des Weltkrieges als Gefangener nach Sibirien gebracht worden war. Dieser Genosse muß wohl irgendwie mit dem bekannten Münchhausen verwandt sein. Also: Die Geschichte spielt tief im verschneiten Rußland.

Der Offizier der deutschen Gefangenenabteilung hatte mich rufen lassen. Eine große Kiste mußte sofort in das nächste Dorf, das gut dreißig Werst von unserer Station entfernt war, gebracht werden. Es war Befehl und ich mußte gehorchen. Mit Murren wurde der Schlitten fertiggemacht. Ich hatte die Ahnung, als stöbe mir etwas zu. Und es kam so.

Schon ging es in schneller Fahrt über die unendlich schimmernden Schneefelder Sibiriens. Es dämmerte bereits. Die schwarzen Wälder schienen wie Mauern in den Himmel zu wachsen. Vereinzelt Sterne tauchten auf. Sie guckten wie verirrte Seelen auf mich stumm dasitzen den Menschen. Fester hüllte ich mich in meinen lumpigen Pelz. Es war ziemlich kalt. Der schneidende Wind zerriß mir das Gesicht. Die breite Stille ließ mich erschauern. Traurig lagte ich meinen Gedanken nach.

Da! Plötzlich glaubte ich aus der Ferne das Heulen nahender Wölfe zu hören. Wie von einer Ratter gebissen, wandte ich meinen Kopf. Die Augen starrten in die weite Ferne. Sie sahen schwarz-punktförmig wie Schneeballen näher fliegen. Sofort erkannte ich die Gefahr. In meinem Sinnen hatte ich die hungrigen Wölfe auf der Steppe vergessen. Wie ein Wahnsinniger schlug ich nun auf die Pferde ein. Sie festeten in rasendem Galopp über die Ebene. Doch ich blieb kühl. Ehe ich mich versah, sprangen die Wölfe hinter dem Schlitten her. Die Gauls schrien vor Angst. Der Schamur sezte aus dem Maul. Trotz meiner Nähe wußte ich nichts zu tun, als wie sinnlos mit wuchtigen Schlägen des Peitschenstiels auf die Rücken der Pferde einzuhauen. Der Schnee stob auf durch das Rausen der Gauls. Doch lange sollte das Rennen auf Leben und Tod mit den Wölfen nicht dauern. Den Pferden sank die Kraft. Die ersten grünen entsetzlichen Augen der Wölfe starrten mich an. Da! In einem Ruck ballten sich die Wölfe. Mit einem Schlag wurden die Pferde gestellt. Zwei, drei, fünf zahmeleischende Bestien hängen sich an die schmalen Hälse der zwei Pferde. Auf dem Rücken wälzend, schlugen die gefallenen Gauls mit den Beinen umher. Mäander Schädel der Wölfe wurde gerüttelt. Das Blut rieselte und weichte den Boden. Und ich? Mitten im Tod kann ich auf Rettung. Ich fand sie. In Welcheschnelle hatte ich mich in die Kiste geworfen. Doch bald wärs zu spät gewesen. Schon waren die Wölfe auf mich zum Sprung bereit. Krampfhaft hielten meine Hände den Deckel zu. Schneller ging mir den Atem. Ich hörte, wie die Wölfe wie besessen auf die Kiste stürzten. Sie rochen das Leben. Bei dem Rausen der Wölfe wurde die Kiste zu Boden gezerrt. Ein Polster und ich lag mit der Kiste auf dem Schneeboden. Der Zufall wollte es: der Deckel kam nach oben. Schwerer wurde mir der Atem. Der Schweiß drang mir durch alle Poren. Ganz leucht wurde es in der Kiste, doch das Herz schlug bald langsamer. Ueberlegung schreite wieder ins Gehirn. So hörte ich mit dem Taschmesser ein Loch in das Holz. Die ersten Mondstrahlen sprangen mir in das Gesicht. Ich sah, wie die Bestien blut-schnaubend um die Kiste tröckten.

Und was geschieht! In dem Gedränge kommt ein Wollschwanz dem Loch immer näher. Die ersten Haare streifen die Öffnung. Es muß eine von Gott eingegebene Idee sein. Ich packe die Haare. Ein Ruck und ich hatte den Schwanz reingezogen. Schnell wickelte ich ihn zweimal um die Hand. Ein bis ins Mark gehender Schrei durchzitterte die Luft. Furchtbare Angst hatte den Wolf ergriffen. Die Wollschwanz zerstob. Wie ein Ballon, der sich von seinem Ballast befreit, so schnellte die Kiste mit mir dahin. Die Füße gegen die Vorderwand stemmend, schonte ich meine Kräfte. Mir schien es, als flögen wir in Windeseile über den Schnee. So konnte eine ansehnliche Zeit verfließen sein.

Da! Plötzlich bleibt die Kiste stehen. Ich falle mit aller Wucht mit dem Kopf gegen die Rückwand. Wuh! momentan nicht, was geschehen war. Ich hörte nur ein klägliches Heulen. Den Wollschwanz hatte ich noch immer um meine Hand gewickelt. Ich ließ ihn los. Vorsichtig spähend öffnete ich den Kistendeckel. Mir drohte keine Gefahr mehr. Schwerfällig stieg ich mit meinen verblägten Gliedern aus der Kiste. Mein erster Blick war nach dem Wolfe. Ohne Schwanz verschwand er im nahen Walde. Welche Beschwerung! Ich hatte dem Wolfe den Schwanz ausgerissen. Mir rieselte es ganz kalt über den Rücken. Ich sah mich um und bemerkte erst jetzt, daß mich Menschen mit offenen Mäulern begafften. Wo befand ich mich? Mitten auf dem Dorfplatz des Ortes, wo ich die Kiste hinzuschaffen hatte. Väterchen, Väterchen, was machst du? fragten mich die umstehenden Bauern. Väterchen, Väterchen, trink Wodka, Väterchen. Und hielten mir eine Schnapsflasche hin, die ich gleich auf einen Zug leertr. Erhöht von den ausgestandenen Qualen sank ich dann zusammen. Ja! So rettete mir ein Wolf das Leben.

Unser Freund hatte geendet. Aufmerksam lauschten die Genossen. Sie blieben still. Bis nach einer geraumen Weile sich eine Stimme hören ließ: Ja, ja, das gibts! — Ja, ja, das gibts! stimmten die anderen mit ein.

Und nun sage mir einer, was wohl Münchhausen aus solch einem Erlebnis gemacht hätte!

Tages-Neuigkeiten.

Contourismus.

Dem jetzt allmähentlich am Freitag erscheinenden Blick auf unserer reichsdeutschen Genossen "Laden Links" entnehmen wir folgenden Contourismus:

Eduard Bernstein, damals Vorkämpfer des Revisionismus, hatte einst eine polemische Broschüre gegen die Bestrafung der Abtreibung geschrieben, und suchte einen passenden Titel dazu. Kurt Eisner (so wohl ein feiner Geist ward hier zerstört!) meinte schmunzelnd, Bernstein solle doch seinen bekannten Leitspruch des Revisionismus zum Titel setzen: "Das Endziel ist nichts, die Bewegung alles!"

Die Versenkung des holländischen Dampfers "Tubantia" durch ein deutsches U-Boot — oder war es eine Mine? — führte zu einem starken Druck der Entente auf Holland, das strikte an seiner bisherigen Neutralität festhielt. Immerhin schien diese einen Augenblick stark gefährdet, was auch im übrigen Neutralen empfunden wurde, und den "Berliner Bund" zu einem Leitartikel mit der sorgenvollen Überschrift veranlaßte:

Von wem droht Holland die größte Gefahr?

(Von unserem Amsterdamer Korrespondenten.)

Manchmal sendete die antisemitische Welle auch in das sozialdemokratische Parteileben ein Spritzgeruch hinüber. In den völkischen Zeitschriften wird bekanntlich jeder Sozialdemokrat mit einigermaßen verdächtigem Namen als Jude bezeichnet, auch wenn er urarischer Abstammung ist. So konnte es einstmals in Berlin geschehen, als der Kampf zwischen Radikalen und Revisionisten am heftigsten tobte und ein Versammlungsredner gegen die revisionistischen Führer Heine und David fürchterlich vom Leber zog, daß ein erregter Radikaler den Zwischenruf tat: "Juden!" Aber noch herrschte Parteibisjupin. Ein ergaunter Genosse zog den Zwischenrufer nieder und raunte ihm ins Ohr: "Laf man, er sitzt och anstandje Juden!"

Im Dezember 1923 wurde der Landrat des Kreises Neurode, Dr. R., abberufen und durch einen sozialdemokratischen Arbeitervertreter ersetzt. Grund genug für die "Deutsche Tageszeitung", dem scheidenden Landrat, den sie nicht genauer kannte, in einer Zuschrift aus Liegnitz folgenden Blankofob anzuschreiben:

Dr. R. ist ein sehr entgegenkommender, kunsibegierter und feinesangs arbeiterfeindlicher Herr, der obendrein bei den Nutzen in Neurode schwer mißhandelt worden ist.

Erst nachher kam der "Deutschen Tageszeitung" zum Bewußtsein, daß auch der ausgesagende Landrat Dr. R. Sozialdemokrat war. Le lautet jetzt das Urteil Junker Alexanders?

Wie man uns mitteilt, ist in dieser Zuschrift die Person des bisherigen Landrates Dr. R. viel zu günstig beurteilt worden

Ein Jahr im Schneewurm.

In den letzten Wochen sind durch Schneeverwehungen und Schneestürme wiederholt empfindliche Störungen im Bahnbetrieb eingetreten. Die Reisenden, die nur über die großen Verpflanzungen schlafen, haben gewöhnlich keine Ahnung davon, wie aufreibend und verantwortungsvoll der Dienst des Lokomotivpersonals bei dem jetzt herrschenden Winterwetter ist. In Nachhalingen bringen wir aus dem Eisenbahnamt einen Bericht eines Lokomotivführers, der anschaulich die Mühen des Führerdienstes schildert:

Am 31. Dezember, um halb 12 Uhr mittags, habe ich in meiner Demobilisation einen Personenzug, bestehend aus 13 Wagen, der abends um 18.30 in der Endstation E. eintrafen sollte. Schon bei der Zurücklegung der Strecke bis in die Station V. konnten einige Verwehungen der Strecke nur mit großen Schwierigkeiten überwunden werden. Der Sturm peitschte den Schnee in das Führerhaus der Lokomotive, so daß wir bis über die Achseln in demselben standen. Das Untergestell der Lokomotive und des Tenders war mit Schnee verpackt. Von der Brust der Lokomotive war auf der Laufbrücke längst des Schnees eine ganze Wand von Schnee aufgetürmt, die bis zum Dach des Führerhauses reichte, wodurch die Fenster des letzteren vollständig verlegt waren. Dadurch wurde ein ungehinderter Ausblick auf die Strecke erschwert und ein Nachhaken der Achsen unmöglich.

Trotz dieser Schwierigkeiten konnte der Zug bis in die kleine Zwischenstation S gebracht werden, die von der Ausgangsstation des Zuges 62 Kilometer entfernt ist. In dieser Station kam der Bahnmeister auf die Lokomotive und teilte mit, daß auf der Strecke Schneeverwehungen eingetreten seien dürfen, weshalb es notwendig ist, die Lokomotive mit der nötigen Dampfspannung zu versehen. Um 13.21 Uhr fuhren wir von der Station ab und überwandten auch einige Schneeverwehungen mit den größten Schwierigkeiten. Der Schnee wurde mit einer Festigkeit aufgewirbelt, daß jede Aussicht nahezu unmöglich war. Bereits war das Vossignal der Nachstation erreicht. Von den Fahrten der vorhergehenden Tage wachte ich, daß wir uns einer sehr gefährlichen Stelle der Strecke näherten. Mit 60 Kilometer Fahrgeschwindigkeit fuhr die Lokomotive in die angesammelten Schneemassen. Eine

Welle von Schnee umgab uns, die ein Öffnen der Augen nicht mehr ermöglichte. Au dem Arbeiten der Lokomotive war zu hören, daß sich ihr Gang immer mehr verlangsamte. Die Steuerung war vollständig vorgelegt, die Lokomotive arbeitete mit der größten Kraft, trotzdem war ein Durchkommen nicht möglich, obwohl die Strecke in einer Entfernung von etwa 10 Metern frei war.

Ich versuchte, den Zug zurückzuführen, was auch bis auf eine halbe Zuglänge gelang. Nun wurde die Lokomotive vom Zuge schnell abgekuppelt und mit derselben allein der verwehte Streckenteil durchstoßen. Als jedoch der Versuch gemacht wurde, mit dem ganzen Zug weiterzufahren, war trotz der Kürze der Zeit eine derartig starke Verwehung der Strecke zwischen den Wagen des Zuges eingetreten, da die Fortbewegung des Zuges nicht erfolgen konnte. Nun wurde der Versuch gemacht, den Zug in Teilen in die Station zu bringen. Dieses gelang nur mit drei Wagen. In der Station waren die Wechsel derartig verweht, daß es längere Zeit dauerte, bis die Wagen auf ein anderes Geleise abgestellt werden konnten. Mit übermenschlicher Anstrengung, an der das Zugpersonal gleichfalls beteiligt war, gelang es noch einmal, drei Wagen in die Station zu bringen.

Unterdesseu war aus der Station A. eine Hilfslokomotive eingetroffen. Gemeinsam mit dieser wurde n. der Versuch unternommen, die restlichen sieben Wagen des Zuges aus den Schneemassen herauszubringen. Dieses gelang nicht. Darauf wurde der Versuch mit drei Wagen, als dieses nicht ging, mit zwei Wagen, und schließlich mit einem Wagen gemacht. Doch alle Versuche waren umsonst. Die Schneeverwehung war bereits soweit fortgeschritten, daß die Hilfslokomotive, die schwächer als die Zuglokomotive war, nur mit deren Hilfe aus der Schneeverwehung herausgebracht werden konnte. Nach einmal gelang es, mit der Zuglokomotive einen Wagen herauszubringen. Beim nächsten Versuch konnte dieselbe nicht mehr zu dem auf der Strecke befindlichen Zugteil gelangen, indem sie derartig im Schnee festgefahren war, daß die Antriebsleistung durch Oberbauarbeiter vorgenommen werden mußte.

Unterdesseu war es 17.30 Uhr geworden. Die Reisenden, die den Zug noch nicht verlassen hatten, mußten aussteigen und zu Fuß in die Station gehen. Von der Station S. Z. fuhren wir unter Zurücklassung des Schneegestobenen Zugteiles bis in die Station . . . Der Aufbruch war von einer anderen Partie übernommen worden und hatte bereits die Endstation E. erreicht. In A. hatten wir noch das Vergnügen, bis 22 Uhr bei der Kohlentrampe zu stehen. Erst dann erhielten wir die Befehle, daß wir am nächsten Morgen einen Personenzug übernehmen werden, mit welchem wir in die Demobilisation zurückfahren konnten.

Ähnlich, ja auch noch schlimmer, ist es in der Winterzeit vielen hundert Eisenbahnbediensteten gegangen. Auf gefährlichen Gebirgsstrecken mußten viele unter der Gefahr der Bedrohung ihres Lebens ihren schweren Dienst verrichten. Und die Öffentlichkeit? In der gehässigsten Weise werden die Eisenbahnbediensteten in der bürgerlichen Presse angegriffen und beschuldigt, daß sie bei heber Bezahlung viel zu wenig Dienst leisten."

Die Pecheride. Im September des verflossenen Jahres wurde an der Prager deutschen Universität ein neuer Fakultätswirklicher inszeniert, dessen Hauptmacher ein gewisser K Leo Pecher war. Dieses junge Büschchen, auf das seine Vaterstadt Eger stolz zu sein allen Grund hat, war auch Verfasser und Unterfertiger der strengen Eingabe der deutschböhmischn Studenten an den Akademischen Senat, in welcher die sozialistischen Hochschullehrer Dr. Fischer und Dr. Hecht auf die ordinärste Weise beschimpft wurden. Dem Fakultätswirklichen K Leo Pecher gelang es damals auch wirklich, die Hochschullehrer ein paar Tage lang zu terrorisieren, die wader n deutschböhmischn Parteien liegen sich erschaudernd vor der Majestät des zwanzigjährigen Rabenartfemiten, an die Band drücken, Schöllch und Pagel waren von dem edlen K Leo begeistert. Des war aber auch alles. Der erste Gesang der Pecheride schloß mit der völligen Ergebnislosigkeit von K Leo Pecher. In Prag war's nicht gegangen, also zog der Birderlnabe nach München. Man hätte tausend zu eins wachen mögen, daß für unseren K Leo dort in München, im Mutterboden Sillers, in dem vom Erz-Reaktionär betretenen Bayern, der Weigen blühen werde. Doch o Wunder! K Leo wurde aus Bayern ausgewiesen, dieser berufsmäßige "Anruhesüßler" war sogar, wie gestern aus München uns und der übrigen Presse gemeldet wurde, denksfahrleuten zuwider, ohne Vorwissen, die doch in Bayern am leichtesten zu verdienen gewesen wären, als ein aus dem reaktionärsten Lande Mitteleuropas Ausgewiesener, lehrte das Büschchen heim. Die Odyssee Pechers war kurz, aber lehrreich und hoffentlich auch für ihn. "Eigens zur Entfaltung politischer Propaganda" war er noch München gekommen, aber nicht einmal dort fand er für seine Gummihümpel- und Pogromidee Verständnis. Hierzulande kannte man ihn schon vorher; hoffentlich gibt er uns jetzt nicht Gelegenheit, uns näher kennen zu lernen.

Eine ägyptische Finsternis lagerte sich gestern über dem Nordafrika, in den Prag eingebettet ist. Obwar man in jedem Kalender schwarz auf weiß lesen kann, 18. Jänner: Sonnenaufgang sieben Uhr 51 Minuten war es zu dieser Zeit so finster, daß gar mancher, der bereits erwacht war, sich in seiner Lagerstätte umdrehte und weiter schlief, voll Verwunderung darüber, daß er heute bereits so bald ausgeschlafen habe. Umso ärger die Enttäuschung, als er abermals erwachend, der Finsternis misstraute, auf die Uhr schaute und feststellen mußte, daß er den Beginn der Arbeitszeit verschlafen habe. Kein Wunder auch, daß sich mancher, auf die Straße tretend,

über den Morgengrauh des Bekannten wunderte, und ihn mit einem "Guten Abend" gruß erwiderte. Die Vogelampfen in den Straßen leuchteten, aus den Fenstern der Bankpaläste erglänzten Glühlampen, in allen Büros gab es erleuchtete Fenster. Auch die Straßenbahnwagen fuhren hell erleuchtet, wie in den Abendstunden, durch die Straßen und in den Hauptstraßen sah man auch zahlreiche Lichtreklamen aufstrahlen. Ratter, unübersichtlicher Nebel lagerte sich über die Stadt, obwar noch der Vortag einen klaren, hellen Nachmittag mit einsetzendem Tauwetter gebracht hatte. Merkwürdig ist es, daß in den höher gelegenen Vororten wie in der Weinberge, in Brschowitz, am Belvedereplateau und am Dradschin in die normale Morgenhele herrschte. Die Staatsanstalt für Meteorologie mußte auf die jährlich einlaufenden Anfragen wiederholt versichern, daß es sich um keine Sonnen- oder Mondfinsternis handelt, sondern um eine normale Nebelerscheinung, die allerdings näher nicht erklärlich erscheint, wie der bekannte Londoner Nebel, über dessen Ursache sich die Wissenschaft bis heute nicht klar ist. Voshafte Leute versicherten, daß die Spiritusaffäre in den Rahmen der Dunkelheit gehüllt werden sollte. Wer weiß?

Die Brüner Bädergehüsen gegen die Einführung der Nacharbeit. Dieser Tage fand im Brüner Arbeiterheim eine sehr gut besuchte Versammlung der Brüner Bäderarbeiter statt, welche einstimmig eine Resolution annahm, in welcher in entschiedener Weise gegen die Einführung der Nacharbeit in den Bädereibetrieben Stellung genommen wird. Die Aktion zur Wiedereinführung der Nacharbeit geht von den Großbädereien aus und würde, abgesehen von den gesundheitschädlichen Momenten, eine große Arbeitslosigkeit zur Folge haben. Die Versprechungen, daß mit Einführung der Nacharbeit eine zwanzigprozentige Verbilligung des Gebäds eintreten würde, sind natürlich nur Versprechungen.

Kasseneinbruch in der Tetschener Bezirkskrankenkassa. In der Nacht vom Donnerstag zum Freitag drangen unbekannte Täter in die Kassenträume der Tetschener Bezirkskrankenkassa, erbrachen den Geldschrank und nahmen einen Geldbetrag von 25.000 Kronen an sich. Die Gauner gingen mit ungeheurer Raffinesse vor und verstanden es, ihre Spuren so gründlich zu verwischen, daß es fraglich ist, ob man ihrer habhaft werden kann. Sie brachen in die eine Seitenwand des Geldschrankes ein ungefähr zwanzig Quadratmeter großes Loch ein, entfernten die Aschenfüllung zwischen der Außen- und Innenwand, schritten dann in letztere ein handgroßes Loch und nahmen durch dieses den Geldbetrag an sich. Die Aschenfüllung verstreuten sie hierauf im Kassentraum und im angrenzenden Krankentraum, so daß jede Fußspur unsichtbar gemacht wurde. Die sofort nach Entdeckung des Einbruches gestellten Erhebungen blieben ergebnislos, werden jedoch fortgesetzt. Ein auf die Spur gehender Polizeihund nahm die Spur auf, verlor sie jedoch alsbald wieder. Es scheint, daß man es in diesem Falle mit denselben Elementen zu tun hat, die in letzter Zeit in den verschiedenen Städten Böhmens Kasseneinbrüche verübt haben, ohne daß es gelungen wäre, auf ihre Spur zu kommen.

Deutsch, deutscher, am deutschesten. Der Sozialdemokratische Parlamentarier Dr. Schreiber: Endlich ist sie da, "die deutsche Partei", die natürlich nur der Erfolg für die verborgene nationalsozialistische Arbeiterpartei ist. Vor uns liegt Nr. 1 des Reichsbotenblattes dieser neuen Partei. Ein Aufruf an das deutsche Volk, eingeteilt in einen schaffenden und einen raffenden Volksteil. Die neue Partei hat vieles dem sozialistischen Parteiprogramm entnommen. Den Kampf gegen die Ausbeutung will man durch Einführung der allgemeinen Arbeitspflicht führen. Ihren wahren Charakter vermag die Partei am wenigsten bei der von ihr vorge schlagenen Neugestaltung des deutschen Rechtes zu verbergen. An der Spitze ihrer Forderungen steht die sofortige Schaffung eines Fremdenrechtes, dem in erster Linie alle Juden unterworfen werden sollen. Sie sollen von jedem öffentlichen Amte und von Besuche deutscher Schulen, ebenso von der Beteiligung an der Presse ausgeschlossen sein, keinen Boden erwerben oder pachten dürfen. Außerdem sollen alle Juden und alle nach dem 1. August 1914 eingewanderten fremder Stämme ausgewiesen werden. Dieses antisemitische Bekenntnis der neuen Partei ist vernünftlich das einzig Schöne an ihr.

Deutschnationaler Hege gegen Toller's Tragödie "Sinekemann". Die Aufführung der Tragödie "Sinekemann" von Ernst Toller, die für Samstag und Montag auf dem Spielplan des Schauspielhauses in Dresden stand, ist abgesetzt worden. — Wie amtlich mitgeteilt wird, hat das sächsische Ministerium für Volksbildung angeordnet, daß wegen der planmäßigen Störung der donnerstägigen Erstaufführung der Tragödie gegen diejenigen Beteiligten, welche der Disziplinargewalt öffentlicher Schulen unterliegen, das Disziplinarverfahren eingeleitet wird. Von deutschnationaler Seite ist im Landtage ein Antrag eingebracht worden, die Regierung möge die Aufführung der Tragödie Toller's verbieten.

Reitet den Frank! Der französische Deputiertenkammer ist ein Projekt unterbreitet worden, durch welches eine Surtage auf Rechnungen der Ausländer in den französischen Hotels festgesetzt wird.

Russolins Warschauer Kumpen. Die polizeiliche Untersuchung in der Affäre der faschistischen Organisation in Warschau wurde beendet. Die Akten wurden den Gerichtsbehörden abgetreten. Es wurden noch weitere 15 Mitglieder der

Organisation verhaftet, von denen jedoch zehn sofort wieder auf freien Fuß gesetzt wurden. Der vor einigen Tagen verhaftete General i. R. Galinski wurde freigelassen. Galinski veröffentlichte nun im "Kurier Poranny" interessante Einzelheiten über die Organisation der Vereinigung der polnischen Patrioten, worin es u. a. heißt, daß zwei Tage nach dem Sturze des Kabinetts Witosa bei ihm der Obmann der faschistischen Organisation, Ingenieur Bonkowski, erschien und ihn ersuchte, in der Organisation die Stelle des künftigen Kommandanten der Stadt Warschau zu übernehmen. Bonkowski erklärte hierbei, die Organisation verfolge lediglich den Zweck, im Falle des Ausbruchs eines Streikes (!) und bolschewistischer Unruhen die Existenz (?) des Staates zu verteidigen. Schließlich berief sich Bonkowski darauf, daß er die Pläne seiner Organisation den ehemaligen Ministers Kernik, Dmowski und Korzantch mitteilte, die angeblich die edlen Absichten der Organisation billigten und ihre Unterstützung versprochen. Mittermeldungen zufolge wurden auch in Lodz einige Personen verhaftet, die in diese Affäre verwickelt sind.

Versuchte Verabung eines deutschen Abgeordneten in Polen. Ein als Schaffner verkleideter Bandit drang Donnerstag in das Kuppe des Schnellzuges Warschau — Posen ein, in welchem sich der deutsche Abgeordnete im polnischen Sejm, Moritz Berthold, befand. Der Bandit versuchte dem Abgeordneten die Koffer zu rauben. Als der Überfallene um Hilfe rief, feuerte der Täter und verletzte den Abgeordneten an der Schläfe. Der Bandit sprang sodann aus dem fahrenden Zug und entkam.

Wieder ein Bombenattentat in Warschau. Unter das Gebäude, in welchem sich das Lokal der Organisation der ehemaligen polnischen Legionäre befindet, wurde eine Bombe gelegt, die jedoch rechtzeitig bemerkt und unschädlich gemacht wurde.

Die Opfer des neuerlichen Erdbebens in Japan. Das letzte Erdbeben hat nach den neuesten Schätzungen 30 Opfer, sämtlich Japaner, gefordert. Die durch die neue Katastrophe gestörten Verbindungen sind völlig wieder hergestellt. Seit Dienstag sind nur einige kleinere Erdschwingungen erfolgt.

Zugzusammenstoß in Dresden. Seit ra fährte der Personenzug Nr. 337 bei der Einfahrt in den Bahnhof Dresden-Friedrichstadt mit einer Rangiergruppe zusammen. Die Lokomotive und ein Wagen des Personenzuges wurden beschädigt. Von den Reisenden haben sich acht als verletzt gemeldet.

Ein Lokomotivführer auf der Fahrt abgehängt. Der Lokomotivführer der Betriebswerkstätte Rosenheim, Josef Müller, wollte während der Fahrt von Rosenheim nach Soltau auf der Lokomotive außerhalb des Führerstandes eine Reparatur vornehmen. Er stieß ab und kam unter die Räder des nachfolgenden Zuges. Er war auf der Stelle tot.

Der Budapestler Deszendant Kopink verhaftet. Die Budapestler Polizeidirektion erhielt aus Bukarest die Verständigung, daß Kopink, der vor einigen Monaten in Budapest 140 Millionen Kronen defraudiert hat, dort verhaftet worden ist. Das defraudierte Geld hat er bereits durchgebracht. Nachdem er auch dort verschiedene Hochstapelleien verübt hat, ist von den dortigen Behörden gegen ihn das Verfahren eingeleitet worden ohne das Auslieferungsverfahren abzuwarten.

Die Brüner Gemeinde-Abgabe von Hotelzimmern. In Verfolg der von der Union der Geschäftreisenden und Vertreter in Brünn eingeleiteten Aktion zur Verbilligung der Brüner Hotelzimmerpreise hat genannte Vereinigung sich neuerdings in ausführlicher Eingabe an den Landrat der Landeshauptstadt Brünn gewendet, damit die Verursachenden und Vertreter von der drückenden 20prozentigen Gemeinumlage von Hotelzimmern befreit werden, beziehungsweise diese Last gemildert wird. Es ist zu erwarten, daß dies in sicherlich nicht unberechtigten Anliegen der Reisenden und Vertreter entgegenkommen und damit eine weitere Verbilligung der Hotelzimmer herbeigeführt wird.

Zentralisierung des Radioverkehrs im Prager Hauptpostgebäude. Das Postministerium wird nach einer amtlichen Meldung den gesamten Radioverkehr im Gebäude des Hauptpostamtes in Prag zentralisieren, wo die Depeschen ausgenommen und abgegeben werden sollen. Von dieser Zentralstation werden die Endstationen in Abel, Poděbrad und am Peřin direkt bedient werden, indem die Depeschen mittels Draht an die Sendeborrichtung der betreffenden Stationen geleitet werden. Die Zentralstation im Hauptpostgebäude wird weiter mit den Radiostationen in Brünn und Karlsbad mit Draht verbunden und kann somit im Falle einer Überlastung der angeführten drei Radiostationen auch über Brünn und Karlsbad auf direktem Wege Radiodepeschen entsenden. Für die Radiostationen in Abel, Peřin und Poděbrad wurde eine besondere Empfangsstation auf dem Weihen Berg in diesen Tagen fertiggestellt. Diese Station wird die eingelangten Depeschen der angeführten Stationen sammeln und der Zentralstation im Hauptpostgebäude übermitteln. Diese neue Station wird nach Beendigung der Montagearbeiten in der Zentralstation, voraussichtlich in 14 Tagen bis drei Wochen, gleichzeitig mit der Zentralstation dem öffentlichen Verkehr übergeben werden.

Erste Ziehung der zehnten Klassenlottere. Gestern fand in der Prager Lotterie-Direktion die Ziehung der ersten Klasse der zehnten Klassenlotterie statt. Als Grundzahlen wurden gezogen: 57, 16. Es gewonnen: 2000 K die Lose Nr.: 27.516, 45.916, 2716, 142.816, 80.416, 125.116, 63.316, 5000 K die Lose Nr.: 24.716, 183.716, 181.416, 70.000 K des Los Nr. 90.216/ 2000 K die Lose Nr.: 208.457,

125.857, 34.357, 31.557, 74.457, 25.157, 172.957, 198.957, 142.757, 108.157, 88.957, 180.057, 2057, 5000 K die Lofe Nr.: 63.557, 206.257, 45.957, 151.657, 114.857, 10.000 K die Lofe Nr.: 89.057, 144.057, 91.057, 20.000 K das Los Nr. 193.157, 40.000 K das Los Nr. 191.057.

Die Kraftfahrzeuge in der tschechoslowakischen Republik im Jahre 1922. Von der Gesamtzahl sämtlicher Kraftfahrzeuge (9929) entfielen 46,65 Prozent auf tschechoslowakische, 20,23 Prozent auf österreichische, 19,58 Prozent auf deutsche, 2,50 Prozent auf französische, 2,41 Prozent auf amerikanische, 2,34 Prozent auf italienische, 5,26 Prozent auf andere Fabrikate. Was die einzelnen Gattungen der Fahrzeuge anbelangt, wurden der Erhebung nach ermittelt: 4.928 Personenaufomobile, 2.489 Motorräder, 1.932 Lastkraftfahrzeuge, 388 Motorbretter, 126 Automobilomnibusse und 63 Automobile für besondere Zwecke. Von der Gesamtzahl der Kraftfahrzeuge waren 294 im Besitze des Staates oder der Staatsverwaltung, 154 im Besitze der autonomen Körperschaften, 9520 im Besitze von inländischen und 21 von fremden Privatpersonen. Von den tschechoslowakischen Fabrikaten (4.632) hat die meisten die Firma Laurin u. Klement (1.953) geliefert, 914 trugen die Marke Praga, 566 Walter; von den österreichischen Fabrikaten stammten die meisten aus den Buchwerken (624), von den deutschen (1.944) trugen 295 die Marke Wanderer, 238 A.S.U., von den französischen Kraftfahrzeugen (348) 33 die Marke Peugeot und 33 Renault, von den amerikanischen (242) die meisten (96) die Marke Ford, von den italienischen (232) 129 die Marke Fiat, von den belgischen (128) 96 die Marke Minerva. (Aus den „Mitteilungen des Statistischen Staatsamtes“.)

Deutsche Arbeitslose von Groß-Prag, welche Bekleidung für ihre Kinder bis zum Alter von 14 Jahren benötigen, werden aufgefordert, sich mit dem Nachweise der Arbeitslosigkeit binnen drei Tagen in der Kanzlei der deutschen Hauptstelle für Kinderbeschäftigung und Jugendfürsorge in Prag I, Bartholomäusgasse 8, zu melden. Nach Maßgabe der vorhandenen Mittel werden auch andere bedürftige Kinder betrieft.

Das Prager Theatre Varietés unterhält mit dem Programm der ersten Jännerhälfte die Zuschauer in abwechslungsreicher Weise. Die zwei Alexandres, welche in schwindelnder Höhe auf einem Bambusstab turnen, sorgen für Reizentzückendes. Fred Koruan ist ein sehr guter Kunstseiler. In dem neuen Rahmen eines Zigeunerlagers zeigen Van de Velde Co. ganz interessante artistische Darbietungen. Kapitän Rudolfo hat seine acht Pärchen zum Rockfahren, Tanzen und Rollschuhlaufen dressiert und die vier Adams fahren an fentreckenden Wänden auf Fahrrädern und sogar auf einem Motorrad im Kreise herum. Claire Pauroff als Gast zeigte in zwei hübschen Tänzen ihren anmutigen Körper.

Ein nach 13 Jahren aufgedeckter Mord.

Am 4. Jänner zeigte der Gastwirt Josef Hofenl dem Gendarmereiwachtmeister Slachy aus Schowitz an, daß ihm ein gewisser Hatach aus Sal bei Schlan erzählt habe, daß in Sal vor dem Kriege in der Zeit vor der Ernte ein etwa 19-jähriges Mädchen vergewaltigt und ermordet wurde. Hatach habe ihm auch den Namen des Mörders genannt, den aber Hofenl verweigert habe. Hatach wurde nun vom Gendarmereiwachtmeister verhört und gab an, daß im Jahre 1911 vor der Ernte die aus Sal stammende Anna Doubravská ermordet worden sei, als sie am Abend entlang der Eisenbahnstrecke spazieren ging, die von Sal nach Felechowitz führt. Die Leiche wurde auf dem Eisenbahnramm gefunden und die Eltern des unglücklichen Mädchens bezeichneten in der Aufregung den gewissen Gelliebich ihrer Tochter, den Bergmann Robak aus Felechowitz als Mörder. Der Bergmann Karl Cisar trat aber zu Hatach und sagte, der Mörder ist nicht der Robak, sondern der Hophk. Die Gendarmerie hat in ihren weiteren Nachforschungen festgestellt, daß Hophk tatsächlich der Mörder ist. Er wurde in das Untersuchungsgefängnis des Prager Landesgerichtes eingeliefert.

Prager Chronik.

Schwerer Straßenbahnunfall.

Der Motorwagen Nr. 319 der Strecke 10 zog Donnerstag den Schlepptwagen Nr. 741, bei welchem die Bremsvorrichtung beschädigt war, in die Kovarce Remise. Als der Schlepptwagen vor der Remise abgekuppelt wurde, setzte er sich in Bewegung und fuhr mit dem Konduktor automatisch auf dem rechten Geleise der Belereditstraße weiter. Passanten, die den führerlosen Wagen sahen, verständigten einen Wachmann, der auf den Schlepptwagen sprang, um denselben zum Stehen zu bringen. Es gelang ihm aber nicht, und der Wagen fuhr mit mäßiger Schnelligkeit weiter. Plötzlich stieß er mit einem Streifenwagen zusammen, dessen Kutscher rechtzeitig aufgeprungen war. Der Anstoß war so heftig, daß der auf dem Wagen sitzende Arbeiter, Karl Janouk, herabgeschleudert wurde und sich mehrere Hautabrisse an der rechten Hüfte zuzog. Trotz des Anpralls blieb der Schlepptwagen nicht stehen und stieß den Streifenwagen ungefähr 300 Schritte weiter vor sich. Zur selben Zeit kam von Veprnaw der Motorwagen 803 der Strecke 5, der mit Passanten voll besetzt war. Der Motorführer bemerkte rechtzeitig die Gefahr und brachte seinen Wagen zum Stehen. In demselben Augenblicke erfolgte jedoch ein heftiger Zusammenstoß, bei welchem der Streifenwagen zwischen dem Schlepptwagen und dem Motorwagen 803 hart heftig eingeklemmt wurde, daß er vollständig auseinanderging. Das Pferd des Streifenwagens kam unter die Schutzvorrichtung und erlitt erdbebenartige Verletzungen. Durch diesen Zusammenstoß wurde schließlich der Schlepptwagen zum Stehen gebracht. Der Schaden ist ziemlich groß. Die auf dem Streifenwagen befindlichen Waren im Werte von

5000 K wurden gänzlich vernichtet. Die vordere Wand des Schlepptwagens war vollständig eingedrückt, im Motorwagen wurden einige Gläser zertrümmert.

Aus dem Polizeibericht. Der Schüler der zweiten Klasse der Staatsgewerbeschule in der ul. Karolinin Dobrá Josef Valenta wurde in der Lehranstalt vor Beginn des Unterrichtes vom Wahnwahn befallen und mußte in die Irrenanstalt überführt werden.

Gerichtssaal.

Aus dem Troppauer Strafgericht.

Die Rache des Herrn Jung.

Troppau, 17. Jänner. Am 27. Juli sollte in Rathau ein nationalsozialistisches Verfallungsamt stattfinden, zu der der Abgeordnete Jung als Referent angemeldet war. Wie schon in so manchen Orten erging es dem Herrn Jung auch in Rathau. Es kam erst zu keiner Versammlung; Herr Jung aber erhielt eine Tracht Prügel. Von wem diese, an sich gewiß verabscheuungswürdige Prügeln ausging, konnte bis heute noch nicht festgestellt werden. Herr Jung setzte aber den Polizeiparapparat in Bewegung, um die unbekannt Täter ansorsuchen zu lassen. Zuerst wurde der Leiter unserer Barteidruderein „Vorwärts“ Genosse Rudolf Gbrner angeklagt — weil er es versäumt hatte, die Flugzettel, welche zu dem Besuche dieser Versammlung aufforderten, der Zensur vorzulegen — und zu einer Geldstrafe verurteilt. Da man noch immer nicht herausbekommen konnte, wer die Flugzettel machen ließ und wer die Prügeln angestiftet hatte, verlegte sich der Abgeordnete Herr Jung darauf, andre unschuldig büßen zu lassen. Einen solchen Unschuldigen fand Jung in dem Gen. Alois Lichtblau. Genosse Lichtblau kam am 27. Juli nach Hause, fand dort einen Postflugzettel und fünf Kronen mit einem Zettel vor, auf dem ihm mitgeteilt wurde, er möge die Flugzettel austreten. Gen. Lichtblau, der schon lange Zeit ohne Arbeit war, kam dieser Aufforderung nach und trug die Flugzettel aus. Dafür wird ihm jetzt der Prozeß gemacht.

In der in dieser Woche stattgefundenen Verhandlung hatte sich Gen. Lichtblau wegen Uebertretung des § 23 des Preßgesetzes, des Gesetzes zum Schutze der Republik, ferner wegen Aufhebung und Ehrenbeleidigung zu verantworten. Genosse Lichtblau gestand wohl die Verbreitung der Flugzettel zu, erklärte sich aber sonst nichtschuldig. In der Anklageschrift wird ihm u. a. zur Last gelegt, andere gegen Herrn Jung aufgereizt zu haben. Dieser Punkt der Anklage stützt sich auf eine Auskunft über den Abg. Jung, die Gen. Lichtblau auf Erfragen eines Verfallungsteilnehmers diesem erteilt hatte.

Es wurde eine Reihe von Zeugenprotokollen verlesen, nach denen diverse Zeugen gesehen haben wollen, daß Lichtblau einer von den Arranguren der Schlägerei gegen Jung war. Wer etwas mit den Anklagen und Klagen der Nationalsozialisten vertraut ist, konnte sofort erkennen, daß diese Zeugenaussagen darauf zugeschnitten sind. Genossen Lichtblau aus der Teilnahme an der bevorstehenden Versammlung und dem Flugzettelverteilen einen Strich zu drehen. Alle protokollierten Zeugenaussagen stammen ausschließlich von Parteigenossen des Abgeordneten Jung.

Die Verhandlung konnte nicht zu Ende geführt werden, da noch weitere Zeugen von Seite des Angeklagten und Klägers einvernommen werden. Im großen und ganzen freilich hat der Herr Abgeordnete Jung bei Gericht um einen leeren Sockel, in der Meinung, daß ihm durch die Bestrafung des Gen. Lichtblau — der nicht weiß, wie er zu dieser Angelegenheit kommt — die Prügel wieder abgenommen werden. Herr Jung hätte sich das alles ersparen können, wenn er in seinen Versammlungen weniger schowitzisch reden und weniger seine Parteigenossen gegen die Andersgestimmten aufheizen würde.

Ein eigenartiger Hochstapler.

Mittwoch hatte sich vor dem Troppauer Landesgerichte der 20 Jahre alte Franz Klapper aus Troppau wegen verschiedener Betrügereien zu verantworten. Sein Bruder Karl Klapper wird noch strafbüchlich verfolgt. Beide genossen den schicklichen Leumund. Aus der Anklage war zu entnehmen, daß Franz Klapper schon seit Jahren nichts arbeitet und nur vom Schwindel und Betrug lebt. Erst vor kurzem machte der strafbüchlich verfolgte Karl Klapper die Bekanntheit des Kellers Schnürch vom Kassehaus Jahn. Schnürch trug an jenem Tage, an welchem er mit den beiden Hochstaplern bekannt wurde, zwei Kugeln nach Hause und nahm die Karl Klapper mit. Einige Tage darauf erschienen bei der Mutter des Schnürch in Dorfschänke die beiden Hochstapler, überreichten ihr einen Brief, worin ihr Sohn sie ersuchte, den Ueberbringer zwei bis dreitausend Kronen, die beiden Kugeln anzufolgen und die beiden auch ordentlich zu bewirten. Die Mutter des Schnürch erkannte sofort an der Schrift, daß der Brief nicht von ihrem Sohne geschrieben ist, bewirkte zwar die beiden, folgte ihnen aber weder das Geld noch die Kugeln aus. Sie mußten unverrichteter Dinge wieder abziehen. Karl Klapper verwand und sein Bruder Franz tauchte später in Mähr.-Ostrian unter dem Namen Ingenieur Berger wieder auf, um weitere Betrügereien anzuführen. In Wien machte er die Bekanntheit eines Mädchens, dem er erzählte, er sei in einem Wert, als Ingenieur angestellt. Das Fräulein Bozema Mischel war über diese Bekanntheit so erstarrt und trönte schon von schöneren Tagen als Gattin eines Ingenieurs. Da seine Hecht verstand es sehr gut, das Vertrauen des Mädchens zu erwerben, sprach vom heiraten

und anderen schönen Sachen, die ein lebensfrohes Mädchen gerne hört. Am vierten Tage der Bekanntheit spiegelte er dem Mädchen vor, er sei in großer Verlegenheit, habe im Kartenspiel Verluste gehabt und ersuchte sie um Geld. Die schöne Bozema glaubte ihrem Galan und erfüllte dessen Wunsch. Einige Tage darauf kam ein „Oberingenieur“ zu ihr, der sich als Freund des „Ingenieurs“ Berger vorstellte und um Geld für ihn ersuchte. Das Mädchen gab wieder und mußte später erfahren, daß sie einem Hochstapler aufgegeben ist. Der Schaden, den die getäuschte Bozema erlitt, beträgt ungefähr 400 K. Außerdem wird dem Franz Klapper noch ein Diebstahl von 200 K zur Last gelegt, die er einem Troppauer Friseur entwendete. Das Gericht machte kurzen Prozeß und verurteilte den Angeklagten zu vier Monaten Kerker unbedingte und zum Erfolg von 600 K.

Ein feiner Liebhaber.

Die 33 Jahre alte Aloisia G. aus Zauchtel machte die Bekanntheit des 28 Jahre alten Ernst P. aus Hirschberg. Aus der Bekanntheit wurde ein Liebesverhältnis und P. versprach der G. die Ehe. Dies war ein Vorwand, um das Mädchen für seine Lumpereien zu gewinnen. Die G. entwendete mehreren Leuten Ehringe und Geld im Werte von über tausend Kronen, bei anderen übernachtete sie, borgte sich Geld aus und entwendete dabei von den Gastgebern verschiedene Sachen, mit denen sie verschwand. Auch P. ließ sich Ueberzieher und Ärmel aus, mit denen er sich aus dem Staube machte. Das Landesgericht verurteilte die G. zu drei Monaten und den P. zu acht Monaten schweren Kerker. Auf die Frage des Richters, ob die G. seine Geliebte sei, hatte P. geantwortet, das Mädchen gehe ihn nichts an.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Ein internationaler genossenschaftlicher Ueberbau in der Tschechoslowakei.

Wie bereits berichtet, hat der Obmann des tschechischen Verbandes, Genosse Jirasek, in der letzten Sitzung des tschechischen Genossenschaftsrates den Vorschlag gemacht, einen internationalen Ueberbau der Konsumgenossenschaftsverbände in der Tschechoslowakischen Republik bei voller Wahrung der Autonomie jedes Verbandes zu schaffen, wobei er besonderen Wert auf die Zusammenarbeit mit dem Verbande deutscher Wirtschaftsgenossenschaften legte, worauf der tschechische Genossenschaftsrat seine grundsätzliche Zustimmung aus sprach, die bisherigen Schritte des tschechischen Verbandes genehmigte, sowie ihn mit weiteren Verhandlungen beauftragte. Nunmehr hat — wie die „Konsumgenossenschaft“ berichtet — die gemeinsame Sitzung des Vorstandes des Verbandes deutscher Wirtschaftsgenossenschaften und des Ausschusses der Großhandelsgenossenschaft sich mit dieser wichtigen Frage befaßt, den Beschluß des Genossenschaftsrates lebhaft begrüßt und die Verwaltungskommission mit den zu pflegenden Verhandlungen betraut.

Die Bemühungen beider genossenschaftlicher Zentralorganisationen um die Schaffung eines genossenschaftlichen Ueberbaues sind sehr zu begrüßen. Für die neue Organisation wird sich eine Reihe von bedeutungsvollen Aufgaben ergeben und den Konsumenten beider Nationen werden daraus — so hoffen wir — greifbare Vorteile erwachsen. Abgesehen von diesen unmittelbaren Vorteilen hat aber die Annäherung, die zwischen den tschechischen und deutschen Genossenschaften eingetreten ist, eine nicht zu unterschätzende moralische Bedeutung.

Vom internationalen Gewerkschaftsbund.

Ueber die Profligung des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Amsterdam wird der nachfolgende offizielle Bericht ausgegeben:

In der Birrositzung des Internationalen Gewerkschaftsbundes am 11. und 12. Jänner wurden unter anderem folgende Beschlüsse gefaßt: Dem Ansuchen der rumänischen Gewerkschaftszentrale wird zugestimmt. Die Lage in Mexiko und unsere Beziehungen zu den mexikanischen Gewerkschaften werden besprochen. Es soll versucht werden, genauere Information zu erhalten. — In dem von der Internationalen Vereinigung für geschlichen Arbeiterschutz im September in Prag aberaumten Kongreß wird der J. G. B. einen Vertreter entsenden. Es wird mit einer großen Teilnahme der angehörigen Gewerkschaften gerechnet. Die Vorgänge bei der letzten Sitzung des Verwaltungsrates des Internationalen Arbeitsamtes in Genf betr. Anerkennung des von der gesamten Arbeiterdelegation abgelehnten Vertreters der französischen Gewerkschaften sollen der Ende Mai stattfindenden Vorstandssitzung zur Stellungnahme unterbreitet werden. In der Frage des internationalen Kampfes gegen den Achtstundentag wird eine Resolution angenommen. Das Büro des J. G. B. wird den Kampf der Arbeiter für Aufrechterhaltung des Achtstundentages nach Kräften unterstützen. Wegen des Verhaltens von fremden Arbeitern in den zerstörten Gebieten Belgiens und Frankreichs in bezug auf Arbeitszeit und Uebertritt zu den zuständigen gewerkschaftlichen Organisationen soll an die Landeszentralen geschrieben werden. — Für den im Juni in Wien stattfindenden Internationalen Gewerkschaftskongreß werden die Referenten bestimmt und die Geschäftsordnung festgelegt. Der für diesen Kongreß bereits vorgesehene Punkt: „Ein-

Auswanderung“ wird abgelehnt; dafür soll unmittelbar vor dem im September in Prag stattfindenden Kongreß der Internationalen Vereinigung für geschlichen Arbeiterschutz am selben Orte eine Konferenz der interessierten Landeszentralen stattfinden. Dem J. G. B. nicht angeschlossene Länder können zu dieser Konferenz ebenfalls zugelassen werden. Die Unterstüßungsaktion für die deutschen Gewerkschaften soll fortgesetzt werden, auch um den deutschen Arbeiter in ihrem Kampfe gegen Beseitigung des Achtstundentages zu helfen. Eine eigene Unterstüßungsaktion für die notleidende deutsche Bevölkerung soll nicht eingeleitet, dagegen die Aktion des deutschen Hauptauschusses für Arbeiterwohlfahrt gefördert werden. Für den Kampf gegen Krieg und Militarismus soll eine durch gemeinsame Sitzungen zu fordernde Zusammenarbeit mit den Internationalen der sozialdemokratischen Parteien, der Genossenschaften und der Jugendorganisationen herbeigeführt werden.

Sitzung des Wirtschaftsausschusses. (Ausschuß für Innenhandel und Industrie.) Am 18. ds. fand unter dem Vorsitze des Herrn Dr. Fiedler eine Sitzung des Ausschusses für inneren Handel und Industrie statt, auf deren Tagesordnung sich der Entwurf des Handelsministeriums zur Verordnung über die Erzeugung und den Handel mit Apothekerpezialitäten und weiteres die Umwandlung der brauberechtigten Bürgerschaften in Aktiengesellschaften befand. Zum ersten Punkte der Tagesordnung referierte Zentraldirektor Pavec, der die Regierungsvorlage abgelehnte und nur einige wenige unwesentliche Änderungen vorschlug. Nach ihm sprach für die tschechoslowakische Apothekervereinigung Herr Lauber. Für die Arbeiterchaft gab ein tschechischer Sozialdemokrat eine Erklärung ab und beantragte die Zuweisung der Vorlage an ein fünfgliedriges Subkomitee. Der Antrag gelangte zur Annahme. In dieses Subkomitee wurden Zentraldirektor Pavec für die chemische Industrie, Herr Lauber für den Verband der tschechoslowakischen Apotheker, Genosse Johannis für die Arbeiterinteressen (Krankenkassen) gewählt. Je ein Vertreter wurde dem Ministerium für das Gesundheitswesen und das Handelsministerium zuerkannt. Die Vorlage ist vom Standpunkte der Arbeiterchaft zu begrüßen, weil sie geeignet ist, das Monopol der Apotheken auf Heilmittelspezialitäten zu brechen und auch billigere Heilmittel der Arbeiterchaft zugänglich zu machen. Mit der Umwandlung der brauberechtigten Bürgerschaften in Aktiengesellschaften soll eine mittelalterliche Rechtsform, welche die Brauberechtigung an den Besitz von Häusern band, beseitigt werden, nebenbei spielt auch das nationale Moment mit, da man hofft, durch die Umwandlung der brauberechtigten Bürgerchaft in Aktiengesellschaften die Brauereien, die sich in vielen Fällen von altersher noch in deutschen Händen befinden, auf dem Wege der Veraktionierung in tschechischen Besitz überzuleiten. Dem Alkoholismus selbst wird leider durch diese Vorlage nicht zu Leibe gerückt.

Der Konflikt in der Schludener Textilindustrie. Mittwoch, den 9. Jänner, ist in Schludena ein erster Konflikt in der Textilindustrie (Buntweberei) ausgebrochen. Dieser Konflikt hat eine längere Vorgeschichte. Im August 1923, als die Betriebe nach der Krise wieder aufgenommen wurden, sind auch von den Unternehmern die Klordsätze bei den Webern in solcher Weise gekürzt, daß es den Webern unmöglich war, zu den gekürzten Löhnen zu arbeiten. Die Unternehmer hatten vorher durch ihre Trabanten unter einem Teil der indifferenten Arbeiter verstreuen lassen, daß die Organisation keinen Wert mehr hat. Nun wurden die Löhne weit unter das Vertragslohniveau gekürzt. Nach langen Verhandlungen und Interventionen mußten die Arbeiter das Tariffchiedsgericht anrufen und das Tariffchiedsgericht verurteilte die Unternehmer zur Nachzahlung der vorenthaltenen Löhne. Nun wollten die Unternehmer durch eine Vertragsübersicherung ihren Willen, die Löhne nach Willkür festzusetzen, durchzuführen. Die Unternehmer haben die Verhandlungen verschleppt und wollen nun, daß die Arbeiter zu den diktierten Bedingungen arbeiten. Einmütig haben die Arbeiter diese Zumutung abgelehnt und daraufhin wurden die Weber am 9. Jänner ausgesperrt. Das Unternehmerdiktat bedeutet eine Lohnverkürzung von 12 bis 30 Prozent und es ist eine Privolität sondergleichen, bei steigenden Preisen der Lebensmittel den Arbeitern ein Eingehen auf dieses Diktat zuzumuten. Dies kam auch in einer Rieserversammlung, welche am Mittwoch, den 16. Jänner, in der Turnhalle in Schludena stattfand, zum Ausdruck. In dieser Versammlung waren 1500 Personen anwesend, welche das Vorgehen der Unternehmer auf das schärfste verurteilten. An der Aussperrung sind etwa 600 Personen beteiligt. Die Unternehmer wollen ihre Textilsklaven aufs Arie zwingen. Aber auch in Schludena sind die Zeiten vorbei, wo die Bäume der Unternehmer in den Himmel wachsen.

Direkte Eisenbahntarife zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei. Wie die „Tribuna“ erfährt, haben die Verhandlungen zwischen den Vertretern der tschechoslowakischen Staatsbahnen und der deutschen Reichseisenbahnen zu einer grundsätzlichen Einigung geführt, die darin besteht, daß direkte Tarife zwischen Orten, die in der Tschechoslowakei und solchen, die in Deutschland gelegen sind, erstellt werden. Die Möglichkeit einer solchen Vereinbarung hat schon der 1920 zwischen beiden Staaten abgeschlossene Handelsvertrag. Die Anarchie in Deutschlands Währungsverhältnissen ließ es jedoch zu einer Ausführung der besüglichten Bestimmungen nicht kommen. Nun, nachdem in Deutschland Goldmarktarife berechnet werden,

find die Voraussetzungen zur Erstellung direkter Tarife gegeben. Soweit die tschechoslowakischen Strecken in Betracht kommen, werden die Tarife in tschechoslowakischen Kronen, auf den deutschen Strecken in Schweizer Franken berechnet werden.

Der Vorteil dieser Vereinbarung, die selbst zu begründen ist, liegt darin, daß die Tarife zwischen tschechoslowakischen und deutschen Stationen durchgerechnet werden, also billiger sind, als wenn die Tarife stets im Grenzorte von neuem erstellt werden müßten.

Ausland der norwegischen Dodarbeiter. In Christiania und in anderen norwegischen Häfen ist am 16. Jänner ein Lohnstreik in den Docks ausgebrochen.

Devisenkurse.

Die tschechische Krone notiert in:

Table with exchange rates for New York, Zürich, Berlin, and Wien.

Prager Kurse am 18. Jänner.

Table with gold and silver prices for various currencies.

Kunst und Wissen.

„Die gelbe Nachtigall.“ Bahar, der Vielseitige, zieht sich in diesem Lustspiel auf die bewährte Linie Birch-Pfeiffer-Blumenthal zurück.

Joh. Seb. Bach, „Weihnachtsoratorium“, dieses den gewaltigen Passionen des großen deutschen Altmeisters der Tonkunst verwandte Werk, gelangte am Donnerstag in der deutschen evangelischen Kirche durch den evangelischen Gesangverein und den Zwickauer deutschen Männergesangsverein zur teilweisen Aufführung.

der Instrumentalisten; die arge Verschleppung einzelner Tempi und die rhythmische Verwirrtheit der polyphonen Sätze ist auf diesen Mängel zurückzuführen.

Spielplan des Neuen Theaters. Heute Samstag Gastspiel Suzanne Jicha-Söhl „Don Juan“; morgen Sonntag abends Premiere „Der Fürst von Pappenheim“.

Spielplan der Kleinen Bühne. Heute Samstag Max Rohrs Komödie „Improvisationen im Juni“; morgen Sonntag abends neubehandelt „Maria Magdalena“; Montag „Cosi fan tutte“ (Gastspiel Sterner).

Jascha Jurjevskaja. Die berühmte Prima Donna gibt eine einzige Matinee Sonntag, den 27. d. M. im Weinberger Stadttheater.

Aus der Partei.

Jugendbewegung.

Sozialistischer Jugendverband, Ortsgruppe Prag. Am Dienstag, den 22. d. M. findet im Verein deutscher Arbeiter, Prag, Smetichotagasse 27, abends

Mitteilungen aus dem Publikum.

Rechenmaschinen, T. Edgar, Meláznka 2a. 2535

12 Photographien für K6 6 nur im Photo-Studio Prag, Baclavské nám. 15. 1974

VIII. Prager Frühjahrs-Messe

vom 16. bis 23. März 1924. 2511

Legitimationen à Kč 25.- Prag I., Allstädter Bahhaus.

Meine Antwort.

Dem Wunsche des Abgeordneten Anděl, ihm zu sagen, bei wem, wo und wann ich das Schuhmacher-Handwerk erlernt habe, ist schon in meiner letzten Anzeige in vollem Maße entsprochen worden.

Als einen weiteren Beweis dafür veröffentliche ich hier die Bestätigung der Gewerbl. Fortbildungsschule in Ung. Gradisch, als neuerlichen Beweis, daß das Verzeichnis im Handels-Register richtig ist.

Erlaube mir noch aufmerksam zu machen, daß Herr Mléoch meiner öffentlichen Aufforderung, seine beleidigenden Erklärungen im Parlamente öffentlich zu wiederholen und sich der Abgeordneten-Immunität zu begeben, damit ich mich bei dem öffentlichen Gericht unserer Republik rechtfertigen kann, nicht entsprochen hat.

Herrn Vasthril: Wegen der Verleumdung, daß ich das Kapital nach Amerika ausführte, damit ich keine Einkommensteuer zu zahlen brauche, will ich mich vor dem Gericht rechtfertigen und fordere Sie öffentlich auf, sich der Abgeordneten-Immunität begeben zu wollen, damit ich gegen Sie die Klage einreichen kann. Andernfalls werde ich Sie für einen ehrlosen Mann halten.

Thomas Bata.

Bestätigung:

Die Direktion der Gewerbl. Fortbildungsschule in Ung. Kradsch bestätigt, daß in der Lehrlings-Matrik der Gewerbl. Fortbildungsschule in Ung. Kradsch vom J. 1885-1896 auf der Seite 59, unter der Nummer 341. Thomas Bata als Schuhmacherlehrling bei Herrn Ant. Bata, Schuhmacher in Ung. Kradsch, eingeschrieben ist.

Boh. Sobotka,

Direktor der Gewerbl. Fortbildungsschule.

8 Uhr eine Mitglieder-Versammlung mit folgender Tagesordnung: Einläufe und Berichte, Unsere nächsten Aufgaben und Verschiedenes.

Bereinsnachrichten.



Die Ortsgruppe Prag des Touristenvereins „Die Naturfreunde“ hielt am 12. Jänner ihre diesjährige Generalversammlung ab.

Aus der Partei.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Städt. Theater-Café Teplitz-Schönau eröffnet.

Jos. Zischka.



und welche Freude erregem die künstlerischen Seidenbilder im Familienkreis, wo eifrig Handarbeiten für das Preisauschreiben angefertigt werden.

Kuh & Kretsch Likörfabrik Teplitz-Schönau.

Insertieren bring! stets Erfolg!!

geplant (Lavra etc.). — In die Jahresversammlung schloß sich ein fesselnder Lichtbildvortrag des Gen. Sekretärs Dr. Klein über „Der menschliche Körper im Sportleben“.

Turnen und Sport.

Eine Niederlage der Prager Sparta in Madrid. Nach gefeiert abends in Prag eingetroffenen Meldungen wurde die Prager Sparta am Donnerstag in Madrid vom R. C. Madrid 3:2 (1:1) geschlagen.

Verbandsstag der Arbeiter-Radsfahrervereine. Der Verband der Arbeiter-Radsfahrervereine im Bereiche der Tschechoslowakischen Republik, Sitz Rorbiz, beruft seinen Verbandstag für die Osterfeiertage, den 20. und 21. April nach Turn (Kellom-Café) ein.

Herausgeber: Dr. Ludwig Czoch und Karl Cermak. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß. Druck: Deutsche Zeitungs-Druckerei, Prag. Für den Druck verantwortlich: C. Solta.

Konkurs-Ausschreibung.

In der Gemeinde Kofen bei Teplitz-Schönau verlangt die Stelle eines

Gemeinde eiretū

sofort zur Besetzung.

Der Gemeindefreiherr wird als leitender Konzept- und Rechnungsbeamter mit den Bezügen nach den Normen der Staatsbeamten provisorisch auf ein Jahr aufgenommen.

Die Bewerber, welche tschechoslowakische Staatsbürger und nachweisbar der tschechischen und deutschen Sprache vollkommen in Wort und Schrift mächtig sein müssen, wollen ihre mit den Zeugnissen über abgelegte drei juristischen Staatsprüfungen, dem Tauffchein, Gesundheits- und Sittenzeugnis, über die bisherige Verwendung belegte Gesuche bis spätestens 15. Feber 1924 an das Gemeindevorstand in Kofen bei Teplitz-Schönau einreichen.

Die Bewerber mit längerer Selbstverwaltungs-körperpraxis werden bevorzugt.

Gemeindevorstand in Kofen bei Teplitz-Schönau den 16. Jänner 1924.

Der Gemeindevorsteher: Blžek.

Kalla's Bratheringe

Fischkonserven, Bücklinge.



Zu beziehen durch die Großverkaufsgesellschaft für Konsumvereine in PRAG II., Fügnerovo nám. 4.

Direktoren, Einkäufer, Fabrikanten, Kaufleute, Baumeister:

Ihre Bilanz- und Inventur-Arbeiten

werden rasch, absolut genau und pünktlich fertig mit der orig. amerik. Universal-Rechenmaschine

Monroe

Table with mathematical operations: Addiert, Subtrahiert, Multipliziert, Dividiert, Potenziert, Radiziert, Inventiert.

Verlangen Sie Vorführung von der Firma

Vilím & Cie., PRAG II., DIÁZDOŇA 5 2533

Telefon 983. Telegramm: Vilím Prag